OST-ARCHIV

8. JAHR 5. FEBRUAR 1953 3. FOLGE

Die Entwicklung der rußländischen Emigration nach dem Zweiten Weltkrieg

Dritter Teil

Von Dr. Hans von Rimscha, Professor an der Universität Erlangen

Der Kampfbund (SBONR)

Der „Bund für den Kampf zur Befreiung der Völker Rußlands" (sojus bor' by sa oswoboshdenije narodow Rossii), hier kurz Kampfbund genannt, hat mit den Solidaristen mancherlei Berührungspunkte. Er ist aus dem Zusammenbruch der Wlassow-Bewegung entstanden; auch er sucht grundsätzlich neue Wege; auch er stützt sich auf die junge Generation — auf dem Kongreß des SBONR im November 1950 waren zwanzig Delegierte unter dreißig Jahre alt — und ist bemüht, „mit der Zeit mitzugehen"; auch er ist ein scharfer Gegner der Konterrevolution und bemüht sich, die russische Revolution unter Anknüpfung an die gegenwärtigen Verhältnisse in der Sowjetunion weiterzutreiben; auch er will die Sowjetherrschaft nicht von außen, sondern von innen heraus bekämpfen und sieht seine politischen Hauptaufgaben jenseits des Eisernen Vorhangs; auch er glaubt an die Möglichkeit einer nationalen Revolution in der Sowjetunion.

Seine Mitglieder und Führer sind aber im Unterschied zu den Solidaristen durch ihre Vergangenheit nicht faschistisch, sondern bolschewistisch belastet. Das wirkt sich im Verhältnis zu den anderen Emigrantengruppen sehr stark aus und ist die Ursache dafür, daß auch der Kampfbund bei den anderen auf größtes Mißtrauen gestoßen ist und heftig angegriffen wird.

Organisation und Kader

Hervorgegangen aus dem „Kriegsverband der Jugend der Völker Rußlands" (bojewoj sojus molodeshi narodow Rossii, BSMNR), hat er im Jahre 1948 seinen heutigen Namen angenommen. Er rekrutiert sich ausschließlich aus Angehörigen der neuen Emigration und legt Wert darauf, nicht als eine emigrantische Organisation zu gelten[94]. Neben der politischen Organisation des SBONR besteht noch ein „Kriegerverband der Befreiungsbewegung" (sojus woinow oswoboditel'nogo dwishenija, SWOD) desgleichen ausschließlich aus neuen Emigranten, also aus ehemaligen Angehörigen der Sowjetarmee. Beide Verbände sind durch eine Union miteinander verbunden und können politisch als eine Gruppe betrachtet werden.

Nach einer ursprünglich engen Zusammenarbeit mit den Solidaristen — anfänglich war die Zugehörigkeit zum NTS und SBONR miteinander vereinbar — trennten sich beide Organisationen, als der Kampfbund sich entschieden auf eine republikanisch-demokratisch ausgerichtete „linke" Politik festlegte. Der entscheidende Schritt war dabei der Bruch mit der oben erwähnten militärischen Organisation AZODNR[95], zu der zunächst auch die Angehörigen des SBONR gehörten, die aber unter starkem solidaristischen Einfluß stand und auch monarchistische Strömungen erkennen ließ — alles unter der Flagge der „Nichtvorherbestimmung". Bei dem Bruch war die Beurteilung der Wlassow-Politik und seine 14 Punkte, auf die sich ja alle beriefen, entscheidend.

Die Anhänger des SBONR vertraten nämlich die Ansicht, daß Wlassow nur aus Rücksicht auf die damaligen Machtverhältnisse seine wahrhaft demokratisch-republikanische Einstellung nicht noch stärker betont habe. Sie brachen mit dem Grundsatz der Nichtvorherbestimmung, erklärten, daß dieser logisch zu „Verschwommenheit, Verwirrung und

Mangel an Festigkeit" führen müsse und daß die Aufgabe im Gegenteil darin bestehe, „durch eine klare ideologische und politische Konzeption das nachzuholen, was früher (mit Rücksicht auf die Deutschen während des Krieges) nicht möglich war[96]". Den Nichtvorherbestimmern machten sie jetzt den Vorwurf, daß sich unter dieser farblosen Flagge in Wirklichkeit sehr vorherbestimmte, nämlich reaktionäre bzw. faschistische Ziele verbergen[97]. Deshalb traten sie im August 1949 aus dem AZODNR aus und bezogen damit eine klare politische Position.

Der Kampfbund grenzt die „Befreiungsbewegung", in deren Dienst er sich gestellt hat, sehr scharf von der „weißen Bewegung" ab, da diese konterrevolutionär und monarchistisch gewesen sei. Das Rückgrat der „weißen Bewegung" hätten Männer gebildet, die „kategorisch die Februarrevolution und den Oktoberumsturz abgelehnt" hätten[98], eine Behauptung, die übrigens geschichtlich nicht zutrifft, da die „weiße Bewegung" im Namen der Ideale des „Februar" entstanden war und von liberalen Generälen geführt wurde, die zur kaiserlichen Zeit als rot gegolten hatten und sich betont auf den Boden der Februarrevolution stellten (*Kornilow, Denikin*). Erst im Verlauf des Bürgerkrieges nahmen monarchistische Tendenzen überhand. In dieser Beziehung ist die „weiße Bewegung" durchaus nicht einheitlich gewesen[99]. In den Augen vieler neuer Emigranten, die damals gegen die „Weißen" auf seiten der „Roten" gekämpft hatten, blieb die „weiße Bewegung" der typische Niederschlag der Konterrevolution.

Seine Tradition des antibolschewistischen Kampfes leitete der Kampfbund nicht von den „Generälen auf dem weißen Roß" her, sondern von dem Aufstand, den die Kronstädter Matrosen im Jahre 1921 unter der Losung: „Alle Macht den Sowjets" und „Sowjets ohne Bolschewiken" gegen die bolschewistische Parteiherrschaft gemacht hatten.

In diesem Punkte gab es übrigens auch im eigenen Lager Gegensätze, da die Londoner Gruppe des SWOD erklärte, „nicht nur der Aufstand der Kronstädter Matrosen, der Tambower und Altaier Bauern, sondern auch die ganze weiße Bewegung müßten als Vorläufer der Befreiungsbewegung anerkannt werden", eine Aeußerung, die begreiflicherweise von den Monarchisten sehr beifällig aufgenommen wurde[100].

Seinen ersten Kongreß hielt der Kampfbund „irgendwo in Europa" am 12. November 1949 ab. Bei dieser Gelegenheit distanzierte er sich bereits scharf von den Solidaristen, mit denen eine politische Zusammenarbeit nicht möglich sei. Mit großer Schärfe wurden alle „faschistischen und führerischen" Tendenzen abgelehnt. „Seit Jahrzehnten leidet unser Volk unter dem Herrschaftssystem eines totalen Staates, unter dem Joch des von einem ‚Führer' ausgeübten Terrors. Der SBONR verhält sich zu allen politischen Organisationen, die einen faschistischen oder führerischen (woshditskij) Charakter tragen, ablehnend[101]."

Organisatorisch knüpft der Kampfbund in hohem Maße an die Traditionen der früheren russischen revolutionären Kaderorganisationen an, wobei er sich unverkennbar auch die Erfahrungen der bolschewistischen Partei zunutze macht. Die Organisation ist laut ihrem Parteistatut in drei Zweige aufgegliedert: einen legalen, einen halblegalen und einen streng konspirativen[102]. Im Bunde besteht, wie seinerzeit bei den Bolschewiken, eine besondere Kampforganisation (bojewaja organisazija). Im Bunde gibt es Mitglieder (Aktivisten) und Sympathisierende (Mitläufer). Der Kern der Partei besteht natürlich aus den Aktivisten. Diese müssen — genau entsprechend den Forderungen Lenins bei der Spaltung der russischen Sozialdemokratischen Partei im Jahre 1903 — zu einer der Gliederungen gehören, eine tagtägliche Arbeit nach den Weisungen der Bundesleitung leisten und einen entsprechenden Eid ablegen[103]. Jedes Mitglied ist verpflichtet (!), unermüdlich an der Stärkung der Organisation und an der Verbreitung ihres Einflusses zu arbeiten (Artikel 21), gegen die kommunistische Agentur (Artikel 22) und gegen künstliche separatistische Bestrebungen (Artikel 23) zu kämpfen. Wie die bolschewistische Partei betont auch der Kampfbund die innerparteiliche Demokratie (Artikel 11). Alle Parteiorgane werden gewählt; jedes Mitglied hat nicht nur das aktive und passive Wahlrecht, sondern auch das Recht der Kritik, der Appellation (an die höhere Parteiinstanz), des Austritts und auch das Recht der „abweichenden Meinung" (Artikel 30). Letzteres entbindet aber nicht von der Verpflichtung, die Parteibeschlüsse auszuführen.

Neben dem Grundsatz der innerparteilichen Demokratie steht der Grundsatz der revolutionären Disziplin, das heißt der „strengen Unterordnung von unten nach oben" und der „strengen Kontrolle von oben nach unten" (Artikel 11).

Organisatorisch zeigt der Bund den üblichen pyramidenartigen Aufbau; die unterste organisatorische Einheit ist das „Objekt", das seinerseits in Gruppen von zehn bis fünfzehn Mann aufgegliedert werden kann. Diese Kader können nach nationalen Gesichtspunkten als ukrainische, weißruthenische usw. gebildet werden. Aber alle größeren Einheiten, wie auch natürlich der Bund selbst, umfassen grundsätzlich alle Völker Rußlands ohne Unterschied der Nationalität, der Rasse und der Religion.

Programm und Ideologie

Der Kampfbund hat — auf dem Kongreß vom 13. November 1949 — ein Parteistatut verabschiedet,

das gleichzeitig als Programm des Bundes anzusehen ist, und hat außerdem im gleichen Jahre eine sehr ausführliche, über siebzig doppelspaltige Seiten füllende „ideologische Doktrin" als ein „antikommunistisches Manifest" veröffentlicht. Diese Doktrin, von D. *Kapitan-Galkin* ausgearbeitet, ist allerdings nicht als parteiamtlich anzusehen. In bezug auf einzelne Formulierungen und Begriffe, wie etwa „kommunistischer Faschismus", bestehen noch Meinungsverschiedenheiten. Aber die Parteiführung hat diese Schrift ausdrücklich als „Rückgrat unserer Ideologie" bezeichnet, so daß man sie unbedenklich als zuverlässige Quelle betrachten kann[104]. Es gehört allerdings viel Geduld dazu, um sich durch dieses Gestrüpp von Philosophie, Soziologie, Wirtschaftstheorie, Kritik (am Bolschewismus) und Politik hindurchzuarbeiten; der geschulte Marxist *Abramowitsch* hat dieser Doktrin, „deren theoretischer Wert den Aufwand an Zeit und Mühe, der für eine Analyse notwendig wäre, nicht rechtfertigt", eine recht grausame Abfuhr erteilt[105].

Immerhin sind beide Dokumente von hohem Interesse. Sie lassen deutlich erkennen, daß der Kampfbund sowohl ideologisch wie organisatorisch aus der sowjetischen Sphäre hervorgegangen ist. Mit Recht weist *Achminow* darauf hin, daß das Denken der Kampfbündler an die „marxistische Vorstellung vom Vorhandensein der Klassen, die verschiedene Interessen haben" anknüpft. Der SBONR macht daraus auch durchaus kein Geheimnis, sondern betont im Gegenteil ausdrücklich, daß es sich in seinem Manifest um eine „antikommunistische Ideologie ehemaliger Sowjetmenschen" handelt[106]. Als die Hauptquellen für die eigene Doktrin werden Arbeiten sowjetischer Gelehrter und Soziologen erwähnt, ebenso die Aeußerungen der ehemaligen Sowjetgenerale der Wlassow-Bewegung Truchin, Malyschkin, Shilenkow; auch auf Bucharin wird gelegentlich Bezug genommen[107].

Aus dieser Tatsache aber den Schluß zu ziehen, wie das seitens ihrer politischen Gegner immer wieder geschieht, daß die Angehörigen des Kampfbundes deshalb keine aufrichtigen und überzeugten Gegner des Bolschewismus seien, erscheint durchaus nicht begründet. Nicht nur Wlassow, sondern auch viele andere nichtrussische ehemalige Kommunisten, wie beispielsweise *Köstler, Reuter, Silone,* haben der Welt eine sehr eindrucksvolle Lehre davon gegeben, daß ein früheres Bekenntnis zum Kommunismus kein Hindernis für eine aufrichtige, erbitterte und aktive Gegnerschaft zum Bolschewismus sein kann.

Der Kampfbund betont in seinem Statut sehr entschieden, daß er sich zum Ziel gesetzt hat, die „wahrhaft demokratischen" Ideen der Befreiungsbewegung des Generals Wlassow weiter zu vertreten (Artikel 2). Als Motto steht über dem Statut ein Satz aus dem Prager Manifest: Rußland ist unser! Die Vergangenheit Rußlands ist unser! Die Zukunft Rußlands ist auch unser! Das Prager Manifest bleibt auch für den Kampfbund die Grundlage „bis zur völligen Vernichtung des Bolschewismus" (Artikel 3).

Eine ausgearbeitete Verfassung hat der Kampfbund nicht veröffentlicht. Im „Statut" erklärt er sich für eine republikanisch-demokratische Ordnung, überläßt aber die letzte Entscheidung einer konstituierenden Versammlung (Artikel 4). In der „Doktrin" wird aber ein etwas detaillierteres Bild der angestrebten Ordnung im künftigen Rußland gezeichnet. Auch hier finden wir viele Berührungspunkte mit den Solidaristen; so spielt auch in diesem Programm der Begriff der „Nationalen Solidarität" eine große Rolle[108].

Das Projekt des Kampfbundes sieht für das künftige Rußland ein Zweikammersystem vor. Die erste Kammer, Reichsduma, wird von der ganzen Nation nach vierschwänzigem Wahlrecht gewählt Die zweite Kammer, Nationale Versammlung, setzt sich aus gewählten Vertretern der einzelnen Völker und der Berufsstände zusammen. Außerdem ist noch ein Oberster Senat vorgesehen, bestehend aus gewählten parteilosen angesehenen Persönlichkeiten. Seine Aufgabe ist die Einhaltung der Verfassung „nach Geist und Buchstaben", die Rechtsprechung und die Ueberwachung der Erziehung der Nation. Die administrative Gewalt, streng von der Legislative getrennt, soll in Händen einer „konstitutionell verantwortlichen Regierung" liegen, die einer Bestätigung durch das Parlament nicht bedarf. Die Regierung wird ernannt von einem plebiszitär auf vier Jahre gewählten Präsidenten, wobei ausdrücklich erklärt wird, daß auch über eine etwaige Rückkehr zur Monarchie ein Plebiszit entscheiden werde[109].

Trotz ihrer betonten Tendenz nach „links" — oder sollte man richtiger sagen infolgedessen! — bezeichnen sich die Kampfbündler ausdrücklich als Nationalisten. Sie definieren ihren Nationalismus nicht sehr exakt als „Anerkennung der Nation als den höchsten sozialen Wert und das höchste soziale Gebilde" (wysscheje sozialnoje obrasowanije) und grenzen ihn scharf von Antisemitismus und Chauvinismus ab. Auch in diesem Zusammenhang weisen sie auf das Beispiel der Sowjetunion hin, wo eine jüdische Frage, wie das alte Rußland sie kannte, überhaupt nicht mehr existiere[110]. Selbstverständlich ist ihr Nationalismus, ebenso wie jener der Solidaristen „kein biologischer"; er ist nicht volklich, sondern staatlich bestimmt, also kein russischer, sondern ein rußländischer. Uebrigens lehnen sie es ausdrücklich ab, ihr Bekenntnis zum Nationalismus durch die heute so beliebt gewordene Vokabel „Patriotismus" zu verwässern[111].

Sehr positiv und „mit tiefer Ehrfurcht" verhalten sie sich im Unterschied zu den „linken" — und auch hier sowjetische Einflüsse nicht verleugnend —

dem Staat gegenüber. „Für uns hat der Staat einen ungeheuren Wert, und die Sorge um ihn und um sein Schicksal ist unsere größte Sorge[112].“ Auch das Ziel des Kampfbundes ist, wie bereits gesagt, eine Revolution, die er nicht als nationale, sondern als völkerbefreiende bezeichnet. Auch er meint, daß es möglich sei, den Bolschewismus auf diesem Wege zu vernichten, „ohne auf die Zufälligkeit eines äußeren bewaffneten Zusammenstoßes zu warten“[113].

Interessanterweise hat *Achminow*, selbst ein (emigrierter) Vertreter der jungen Sowjetintelligenz, diese Doktrin als „unverkennbare Ideologie der neuen Technischen Intelligenz“ bezeichnet, das heißt eine Ideologie von Leuten, aus deren Worten der „inzwischen Manager gewordene, seiner Unentbehrlichkeit bewußte Ingenieur, Betriebsleiter, Erfinder, der zukünftige Generaldirektor“ spricht[113a].

In der Emigration strebt der Kampfbund einen „tätigen Kontakt mit allen demokratischen Organisationen“ an und lehnt ausdrücklich einen Kampf innerhalb der Emigration ab. Allerdings hat er dadurch nicht verhindern können, in die Gegensätze und Streitigkeiten der Emigranten hineingezogen zu werden. Uebrigens bezeichnet sich der Kampfbund ausdrücklich als eine Partei und macht sich über die anderen lustig, die „großspurig die Bezeichnung Bewegung für sich in Anspruch nehmen“[114].

Stellung zum Sozialismus und Solidarismus

Die sozialistischen Gruppen der alten Emigration haben für den Kampfbund von vornherein starkes Interesse gezeigt in der offenbaren Hoffnung, entscheidenden Einfluß auf ihn gewinnen und damit ihrer eigenen überalterten Partei neuen Nachwuchs sichern zu können. Hierbei wurde sehr deutlich, daß der Marxismus, in welcher Form auch immer, auf den ehemaligen „Sowjetmenschen“ überhaupt keine Anziehungskraft mehr ausübt. Auch der Versuch der Sozialdemokraten, die Kampfbündler durch das Argument zu gewinnen, sie kennten als ehemalige Sowjetmenschen den Marxismus ja nur als Lenin-Stalinismus, es gebe auch noch einen anderen, verfing nicht. Zwar lehnt der Kampfbund die Sozialisten, zumal die Sozialrevolutivnäre, nicht ab und ist zu einer enge Zusammenarbeit mit ihnen bereit, aber er selbst „könne sich mit dem Marxismus nicht versöhnen“ und erkläre sich ausdrücklich als antimarxistisch und Gegner der menschenverächtlichen Theorie des Klassenkampfes[115]. Auch sei er kein Anhänger des philosophischen Materialismus und seine Stellung zur Religion und deren „positiver Bedeutung für die moralische Erziehung des Menschen“ sei eine andere als die der Marxisten. Der Internationalismus wird als „verbrecherisches, vollkommen bankrott gegangenes Prinzip“mit großer Schärfe abgelehnt[116].

Die ideologische und organisatorische Verwandtschaft zwischen SBONR und NTS ist natürlich augenfällig, und von den anderen Gruppen ist auch oft behauptet worden, daß sie im Grunde ein und dasselbe seien und nur persönliche Gegensätze sie trennten. Die Kampfbündler selbst haben sich aber ideologisch von den Solidaristen ebenso scharf abgegrenzt wie von den Sozialisten. Der Kampfbund weist darauf hin, daß er einen grundsätzlichen Unterschied zwischen „schöpferisch Tätigen“ (tworjaschtschije) und „Werktätigen“ (trudjaschtschijesja) nicht macht, infolgedessen auch die Theorie von der Elitebildung durch die führende Schicht (der schöpferisch Tätigen) verwirft. Nach Ansicht des Kampfbundes streben die Solidaristen — auch wenn sie es noch so oft leugnen — im Grunde doch danach, einen „von einer führenden Schicht aus den Reihen des NTS geleiteten Einparteistaat nach dem Führerprinzip“ zu errichten[117].

Demgegenüber erklärt der Kampfbund, ganz und gar auf dem Boden der Demokratie zu stehen, allerdings nicht der französischen, für die er „gar keine Begeisterung zu haben vermöge“[118] — wer vermöchte das auch! Die auch vom Kampfbund gegen die Solidaristen erhobenen Vorwürfe der Utopie, der Unaufrichtigkeit, der Dreherei und Vermengung dessen, was Gottes ist, mit dem, was des Kaisers ist, dürfte nicht so schwer ins Gewicht fallen. Ebenso nicht die als „Eckpfeiler des Gegensatzes“ bezeichnete Frage, ob die Solidarität zur sozialen Gerechtigkeit führt (These der Solidaristen) oder umgekehrt, die soziale Gerechtigkeit zur Solidarität (These des Kampfbundes)[119].

Jedenfalls erhebt der Kampfbund für sich den Anspruch, fester auf dem Boden der realen Wirklichkeit zu stehen und weniger mit Phrasen und großen Worten zu operieren als die Solidaristen. Auch durch seinen überspitzten Rationalismus verrät der Kampfbund seine sowjetische Schulung, wenn er etwa erklärt, die gesellschaftliche Entwicklung werde zu einer Katastrophe führen, „wenn sie sich nicht nach den Ergebnissen der Wissenschaft richten wird“, wogegen nach Ansicht der Solidaristen die optimale Entscheidung der sozialen Probleme „Sache der staatsmännischen Intuition der führenden Kreise“ sei.

Praktisch ist der Gegensatz zwischen SBONR und NTS auch dadurch zum Ausdruck gekommen, daß der Kampfbund, wie noch darzulegen sein wird, sich sehr entschieden hinter die Bestrebungen der Amerikaner zur Bildung eines sogenannten „Zentrums“ gestellt und deren Zielsetzungen angenommen hat, wogegen die Solidaristen verschiedene Bedingungen der Amerikaner ablehnten und sich aus dem neuen Gremium wieder zurückzogen. Das Verhältnis beider russischer Organisationen zueinander ist jedoch schwankend, so daß eine neuerliche Annäherung nicht unwahrscheinlich erscheint.

Trotz seiner Ablehnung eines Kampfes innerhalb der Emigration hat der Kampfbund es nicht vermeiden können, selbst außerordentlich scharf angegriffen zu werden, wobei seinen Anhängern immer wieder nicht nur ihre kommunistische Vergangenheit, sondern auch ihre kommunistisch beeinflußte Geisteshaltung vorgeworfen wird. Die Nationalpatrioten, die den Kampfbund anfangs konstant als die Partei ehemaliger Kommunisten bezeichneten, sind neuerdings dazu übergegangen, ihn einfach eine „kommunistische Organisation" zu nennen[120]. Auch von anderen werden die Kampfbündler als nur „subjektive Gegner der Herrschaft Stalins" bezeichnet und als „unfähig, sich vom kommunistischen Geiste zu befreien[121]. Auch „antibolschewisierende Kommunisten"[122], „Neokommunisten"[123] oder „durch Zufall ins Ausland geratene innerparteiliche Opposition"[124] sind sie genannt worden. Wenn sie sich selbst für Nichtemigranten erklären, so werden sie vom ganzen „rechten" Flügel der Emigration überhaupt nicht als Antibolschewiken anerkannt.

Im Gegensatz dazu beurteilen die sozialistischen Gruppen der alten Emigration und die Narodniki den Kampfbund außerordentlich positiv. Der Sozialist *Dalin* weist auf das „ausgezeichnete, wertvolle Menschenmaterial" hin, das hier zusammengeschlossen wurde; diese Leute verkörperten die besten Traditionen der russischen revolutionären Bewegung und ihre demokratische Gesinnung sei unbedingt aufrichtig und ehrlich. Besonders betont er, daß „auch nicht ein Anflug von Faschismus oder Nazismus bei ihnen zu finden sei"[125]. Ein ungenannter Narodnik stellt die opferbereite, glühende, revolutionäre Atmosphäre, die im Kampfbund herrscht, und dessen demokratische Diszipliniertheit den alten Emigranten als nachahmenswertes Beispiel vor Augen: „Bitte richten Sie ihre Aufmerksamkeit darauf, wie die Bolschewiken, indem sie mit der Demokratie spielen, ohne es zu wollen, das Volk zu einem demokratischen Verhalten erzogen haben[126]."

Diese positive Beurteilung verhinderte allerdings nicht, daß auch von einzelnen alten Sozialdemokraten, zum Beispiel von *Abramowitsch*, sehr ernste Bedenken gegen die „bolschewistische Mentalität", „die billige Spitzfindigkeit nach der Art des Komsomol" geltend gemacht wurden. Geistig seien sie nach wie vor abhängig von ihren Vätern, „die mit ihrem Glauben und ihrer Wahrheit (weroj i prawdoj) Stalin dienten"[127].

Schon sehr früh hat der SBONR sich für eine Vereinigung der „linken" antibolschewistischen Kräfte zu einem Block eingesetzt und hat später auch, wie noch zu zeigen sein wird, in sehr enger Zusammenarbeit mit dem Amerikanischen Komitee zur Befreiung der Völker Rußlands bei den Bemühungen um ein „Zentrum" des antibolschewistischen Kampfes aktiven Anteil gehabt.

Die Zentrale des Kampfbundes befindet sich in Deutschland. Sein Zentralorgan, früher (ab 1947) *Bor'ba*, ist seit dem Mai 1951 die gleichzeitig als Organ des SWOD „mit moralischer und materieller Unterstützung des Amerikanischen Komitees zur Befreiung der Völker Rußlands" erscheinende Wochenzeitung *Golos Naroda*, mit dem Untertitel: Organ des demokratischen Gedankens[127a]. Chefredakteur ist zur Zeit Jewgenij *Koljushnyj*. — Das Organ des SBONR in England ist *Majak Swobody*, in Argentinien *Rodina*, in Belgien *Signal*.

Die Führung im Bunde hat wiederholt gewechselt. Zur Zeit steht Oberst G. I. *Antonow* als Vorsitzender an der Spitze. Zu den führenden Persönlichkeiten gehört auch der Leiter des von den Amerikanern ideell und finanziell unterstützten Münchener „Institut für die Erforschung der Kultur und Geschichte der Sowjetunion" (Institut po isutscheniju kultury i istorii sowjetskowo sojusa), B. A. *Jakowlew* (Pseudonym für Nareikis). Jakowlew ist auch der Herausgeber der unter Förderung des FIF (Fund for Intellectual Freedom) erscheinenden Zeitschrift *Literaturnyj Sowremennik* (Der literarische Zeitgenosse).

Die Militärorganisation des Kampfbundes, SWOD, hat neuerdings (November 1952) ihre Leitung — den Militärrat — nach den Vereinigten Staaten übergeführt mit der Motivierung, daß das Gros der Mitglieder inzwischen nach Nord- und Südamerika übergesiedelt sei. An der Spitze des SWOD steht der Oberst i. G. A. G. *Aldan;* sein Stellvertreter und gleichzeitig Leiter der europäischen Gruppen ist Oberst *Antonow*, der Vorsitzende des SBONR.

Die republikanisch-demokratischen Einigungsbestrebungen

Auch im republikanisch-demokratischen Lager der alten Emigranten fällt eine bemerkenswerte Abneigung dagegen auf, als Partei zu erscheinen. Bevorzugt werden Bezeichnungen wie „Bewegung", „Vereinigung", „Liga", „Bund", womit aber über die faktisch außerordentlich weitgehende Zersplitterung auch in diesem Sektor nicht hinweggetäuscht werden kann.

Die Entwicklung in diesem Lager ist außerordentlich unstabil. Den intensiven Einigungs- und Vereinheitlichungsbestrebungen, die fortgesetzt zu Neugründungen führen, stehen dauernde Spaltungen und Absplitterungen gegenüber. Während die Neugründungen in der Regel sich lärmend vollziehen und von der entsprechenden Presse entsprechend gerühmt werden, so erfolgen die Spaltungen und Tren-

nungen in der Regel leise und oft kaum bemerkt, so daß man von ihnen erst bei einem neuen Zusammenschluß etwas erfährt.

Es darf dabei nicht übersehen werden, daß nach dem Zweiten Weltkriege infolge der politischen Tendenz der Siegermächte die republikanisch-demokratischen Emigrantenkreise sich international einer weit größeren Resonanz erfreuten als beispielsweise die monarchistischen und die offen oder getarnt faschistischen. Für die „linken" war es nicht nur leichter, Beziehungen zu führenden Politikern des Auslandes anzuknüpfen, sondern auch materielle und propagandistische Unterstützung hauptsächlich in Amerika zu finden, so daß diese Kreise in der internationalen öffentlichen Meinung eine stärkere Beachtung fanden, als es ihrem Gewicht innerhalb der Emigration entsprach.

Nach dem Ersten Weltkrieg war Paris als wichtigstes Zentrum der russischen Emigration auch die Zentrale dieser Kreise gewesen. In Paris hatte die „russische politische Delegation", eine Art Exilregierung, während des Bürgerkrieges gesessen, und in Paris fand der erste und einzige Versuch statt, in der Emigration so etwas wie ein Exilparlament zu bilden[128]. In Paris war bis zum Zweiten Weltkrieg die einzige Tageszeitung der russischen Emigration, die republikanisch-demokratische *Poslednija Nowosti* unter der Leitung des führenden liberalen Exponenten des „Februar", Prof. *Miljukow*, erschienen. Im Laufe der Jahre hatten sich aber die allgemeinen politischen Verhältnisse verschoben und zu einer wachsenden Abwanderung der russischen Emigranten nach Uebersee geführt, so daß Paris seine führende Bedeutung für die russische Emigration verlor. Es blieb zunächst aber noch die Zentrale der zwar zusammengeschmolzenen, aber geistig hochstehenden liberalen Gruppe.

Der liberale Freiheitsverband (SBSR)

Nach Miljukows Tod wurde S. *Melgunow*, wie jener Geschichtsprofessor, der Führer der liberalen Gruppe. Er begründete den „Verband zum Kampf für ein freies Rußland" (sojus bor'by sa swobodu Rossii), hier kurz Freiheitsverband genannt, der sich von den anderen demokratischen Gruppen vor allem dadurch unterschied, daß schon in seinem Titel nicht von den „Völkern Rußlands" die Rede ist, sondern von Rußland als einem einheitlichen unteilbaren Begriff. Damit hat sich Melgunow unmißverständlich zum Verfechter des keineswegs nur von reaktionären Monarchisten, sondern auch von weiten Kreisen des russischen Liberalismus vertretenen Grundsatzes des „Einem unteilbaren Rußland" (jedinaja nedjelimaja) gemacht[129]. Melgunow selbst bezeichnet seine Konzeption als die „Vorstellung von Rußland als einem festen, geschichtlich gewordenen, politischen Körper, ausgezeichnet durch seinen kollektiven, rußländischen Verstand und seinen kollektiven rußländischen Willen, der allein dazu berufen ist, verantwortlich über das Schicksal des Ganzen und über das seiner Teile zu entscheiden"[130].

Obgleich Melgunow und sein Verband sehr betont auf dem Boden der Nichtvorherbestimmung stehen und infolgedessen auch kein detailliertes Programm ausgearbeitet haben, hat ihre eindeutige Festlegung in dieser entscheidenden Frage zu scharfen Gegensätzen bei den Bemühungen um ein sogenanntes „Zentrum" innerhalb der russischen Emigration geführt, auf die wir noch zurückkommen werden.

Melgunow hatte in Paris bereits im Jahre 1946 in scharfem Gegensatz zur damaligen Politik der Siegermächte — als man damit zumindest seine Freiheit und als Russe wohl auch sein Leben riskierte — mit der Herausgabe betont antibolschewistischer Schriften begonnen, in denen er sich bemühte, den Alliierten die Augen über ihre damaligen Verbündeten zu öffnen. Er hat sich damit auch in den monarchistischen Kreisen der russischen Emigration ausgesprochene Sympathien erworben. Obgleich er bei den Monarchisten als „Linker" gilt und sich selbst als Republikaner bezeichnet, lehnt er auch in der Frage der Staatsform eine Vorherbestimmung ab und ist bereit, die Entscheidung darüber künftig der „freien Willensmeinung des Volkes" zu überlassen. Die Monarchisten ihrerseits zeigen auch seiner Person gegenüber eine unverkennbare Achtung und bezeichnen ihn, in erholendem Unterschied zu den üblichen Beschimpfungen politischer Gegner, als einen „ehrlichen Patrioten und anständigen Menschen"[131].

Zur Frage Monarchie oder Republik präzisiert er seinen persönlichen Standpunkt wie folgt:

„Ich sehe die monarchistische Plattform zur Zeit nicht nur als unzweckmäßig, sondern als verhängnisvoll für die Sache der Befreiung Rußlands an . . ., aber man kann die Augen davor nicht verschließen, daß das Leben auch eine Revision dieser Position verlangen könnte. Wichtig ist die Freiheit des Menschen und der demokratische Staatsaufbau. Und das kann unter Umständen in einer Monarchie besser verwirklicht werden, als in einer Republik . . . Die Frage Monarchie oder Republik darf nicht eine Frage der Weltanschauung oder einer verbindlichen Doktrin, sondern muß ausschließlich eine Frage der Zweckmäßigkeit sein. Wenn im Zuge der weiteren Entwicklung Rußland auf gesetzmäßigem Wege, das heißt durch eine freie Entscheidung der Völker, zu einer Monarchie wird, dann muß sie sie akzeptieren und darf nicht eine Revolution gegen sie machen[132]."

Wie zu zeigen sein wird, ist diese Einstellung grundsätzlich die gleiche, die auch die gemäßigten Monarchisten einnehmen mit dem Unterschiede natürlich, daß sie persönlich auf dem Boden der Monarchie stehen.

Das politische Organ Melgunows ist die in Paris erscheinende Monatsschrift *Rossijskij Demokrat*. Seine

Gruppe steht politisch den Solidaristen nahe und läßt ihre Editionen in Deutschland durch den solidaristischen Verlag des *Possew* vertreiben.

Die Liga

Mit der Verlagerung des politischen Schwergewichts der russischen Emigration nach Uebersee war New York zu einem neuen Zentrum geworden. Hier geriet die Führung der Einigungsbestrebungen innerhalb des republikanischen Lagers in die Hände der sozialistischen (sozialdemokratisch-menschewistischen und sozialistisch-revolutionären) alten Emigranten, die als Exponenten des „Februar" und gleichsam als lebendige Erinnerung an ihn seine Traditionen in betontem Gegensatz zu allen monarchistischen und restaurativen Bestrebungen wieder aufleben lassen wollten.

Am 13. März 1949 wurde in New York als ein „überparteilicher Zusammenschluß von Personen und Gruppen, die gegen die bolschewistische Diktatur und für ein freies wahrhaft demokratisches Rußland" kämpfen wollen, die „Liga zum Kampf für die Volksfreiheit" (Liga bor'by sa narodnuju swobodu) begründet. Die Neugründung wurde propagandistisch sehr stark herausgestellt. Zahlreiche demokratische Organisationen der ganzen Welt — auch das Pariser Büro der noch zu behandelnden Narodniki — veröffentlichten zum Teil überschwengliche Artikel und schickten Adressen mit ihrer Zustimmung zum Einigungswerk. Auch die amerikanische große Presse und der amerikanische Rundfunk konnten eingeschaltet werden. Alle großen amerikanischen Blätter berichteten ausführlich darüber, der Rundfunk übertrug die Reden in mehreren Sprachen, und die „Stimme Amerikas" brachte eine speziell für die Sowjetunion bestimmte Sendung in russischer Sprache. Auch durch den britischen und französischen Nachrichtenapparat wurde die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit auf dieses Ereignis gelenkt. Es mag dadurch vielfach der unrichtige Eindruck entstanden sein, als handele es sich dabei um einen Zusammenschluß der ganzen oder zumindest des größten Teiles der russischen Emigration. Das war jedoch durchaus nicht der Fall.

In Wirklichkeit war hier nur eine neue, in ihrem Umfang beschränkte politische Gruppe innerhalb der russischen Emigration entstanden, die übrigens nicht nur eine Vereinigung, sondern auch eine Zersetzung bereits bestehender Gruppen zur Folge hatte. So kam es bei den Menschewiken zu einem scharfen Konflikt im Zusammenhang mit der Politik der Liga. Die Liga selbst spaltete sich durch den Wiederaustritt einiger ihrer Begründer bald wieder, und in der Folgezeit hat sie nie eine andere Rolle gespielt als die einer politischen Gruppe unter vielen anderen.

Mit der Begründung der Liga trat eine in der russischen Oeffentlichkeit außerordentlich umstrittene Persönlichkeit wieder auf die politische Bühne — Alexander *Kerenskij*. Er galt von vornherein — später wurde das abgeleugnet — als der eigentliche Initiator. Außer ihm gehörten noch einige andere, bereits „historische" Persönlichkeiten der Initiativgruppe an, wie der fast achtzigjährige Sozialrevolutionär (SR) Victor *Tschernow*, ehemaliger Präsident der von den Bolschewiken auseinandergejagten konstituierenden Versammlung, der SR *Sensinow*, die Menschewiken *Abramowitsch*, *Nikolajewskij*, *Dalin* und einige andere Exponenten der alten russischen revolutionären Intelligenzija, die ihr eigenes Ansehen in weiten Kreisen der russischen Emigration offenbar recht überschätzten. Allein die Person Kerenskijs schloß alle Gegner des „Februar" von einer Beteiligung an der Liga von vornherein aus. Aber auf die ausländischen Gönner der Liga, zumal auf die Amerikaner, übte der hohe Rang des ehemaligen Premiers einer demokratischen Regierung eine geradezu unwiderstehliche Anziehungskraft aus. Uebrigens befanden sich unter den Führern der Liga auch einige neue Emigranten, wie Professor B. *Konstantinowskij*, der Fliegerleutnant A. *Barsow* und andere. Später wurde die Initiativgruppe der Liga zu einem Rat umgebildet, an dessen Spitze nicht, wie allgemein erwartet, Kerenskij, sondern der Menschewik Professor *Nikolajewskij* trat. Kerenskij wurde der Herausgeber des amtlichen Organs der Liga, *Grjaduschtschaja Rossija*.

Die Liga hat, weil sie keine Partei sein will, kein politisches Programm vorgelegt, wohl aber eine sogenannte Plattform, in der sie ihre Ziele immerhin so scharf umreißt und so stark begrenzt, daß sie praktisch eine klar erkennbare Parteirichtung repräsentiert. Sie stellt sich betont auf den Boden der Errungenschaften des „Februar", knüpft damit einerseits ausdrücklich an die vorbolschewistische Zeit an und grenzt sich gleichzeitig scharf gegenüber „allen Versuchen der Wiederherstellung des vorrevolutionären politischen Systems" und gegenüber „allen Programmen der politischen und sozialen Restauration" ab[133].

Das Ziel ihres Kampfes ist unter Ablehnung einer Monarchie in jeder Form „eine demokratisch-republikanische Föderation der Völker Rußlands". Professor Nikolajewskij begründet diesen Standpunkt wie folgt: „Wenn in Rußland eine konstitutionelle Monarchie nach englischem Muster möglich wäre, so würden wir für sie stimmen. Die russische monarchistische Idee trägt aber einen reaktionären Charakter, und deshalb vereinigen wir nur Republikaner[134]."

Interessanterweise begründen die in der Liga zusammengeschlossenen Kreise ihren Anspruch darauf, als die eigentlichen Repräsentanten des antibolsche-

wistischen Rußlands zu erscheinen, unter anderem damit, daß sie sich der „sowjetischen Infektion" am wenigsten zugänglich gezeigt haben und daß das autoritäre Regime Stalins für sie (im Unterschiede zum Beispiel von den „Rechten") keinerlei Anziehungskraft habe[135].

In der Plattform der Liga werden in 11 Punkten die Grundlagen des künftigen Rußlands im Sinne der üblichen liberal-demokratischen Forderungen festgelegt.

Als unerläßliche Maßnahmen unmittelbar nach der Liquidierung der kommunistischen Diktatur werden folgende angeführt:

1. Die Auflösung der kommunistischen Partei und ihrer Organe.
2. Die Vernichtung der Konzentrationslager und Befreiung aller politischen Gefangenen.
3. Befreiung des Geisteslebens von der polizeilichen Kontrolle.
4. Sicherstellung der Rechte der Person im Sinne der Gleichheit vor dem Gesetz.
5. Herstellung der völligen Gleichberechtigung aller nationalen Gruppen.
6. Kostenlose Schul- und Hochschulbildung.
7. „Liquidation des Systems der Zwangskolchose und entschädigungslose Uebergabe der Kolchosländereien in den Privatbesitz der Bauern".
8. Völlige Freizügigkeit und freie Arbeitswahl.
9. Weite Möglichkeiten für die Privatinitiative in Handel und Industrie.
10. Beibehaltung der staatlichen Rechte einer Wirtschaftsplanung.
11. Ausschluß jeder Form einer Aggression und „einer eigenmächtigen Einmischung in die innere Angelegenheit anderer Staaten".

Als der eigentliche Kernpunkt wird die zentrale Forderung aller russischen revolutionären Parteien der früheren Zeit aufrecht erhalten: eine von allen Völkern des Landes auf Grund des allgemeinen, direkten und geheimen Wahlrechtes frei gewählte Konstituierende Versammlung, die allein berechtigt ist, die Ordnung des künftigen, befreiten Rußlands zu bestimmen[136].

Die Basis des „Februar" ist durch diese Plattform recht eingeengt. Denn geschichtlich gesehen, waren die Exponenten des „Februar" nicht allein die in der Liga vereinigten Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten, sondern vor allem die Kadetten und Oktobristen, das heißt sozial verstanden, bürgerliche Kapitalisten und Gutsbesitzer, dazu erklärte Monarchisten, die den schwachen Zaren gestürzt hatten, um die Monarchie zu retten. Kerenskij, Tschernow und die Menschewiken waren nur Exponenten des linken Flügels der russischen Revolutionäre, eigentlich gar nicht des „Februar" sondern des „Juli" 1917 — als Kerenskij sein Kabinett bildete.

Die Erben der bürgerlichen Liberalen, also die eigentlichen Exponenten des „Februar", erklärten denn auch sofort die Liga für eine sozialistische Organisation, die wohl als „Entree zu einer sozialistischen Einheitspartei", jedoch nicht als eine „Ebene für die Errichtung einer einheitlichen demokratischen Front" erscheinen könne[137]. Es half wenig, daß Nikolajewskij dem entgegnete, daß auch Nichtsozialisten zum Rat der Liga gehören, so beispielsweise V. *Butenko* als Vertreter des „bäuerlichen Rußland" (Krestjanskaja Rossija), daß auch Kerenskij kein Parteisozialist wäre[138] und daß von den zur Liga gehörenden neuen Emigranten nicht ein einziger Sozialist sei. Der beherrschende sozialistische Einfluß blieb gleichwohl unverkennbar. Auch die gemäßigten Monarchisten protestierten ausdrücklich gegen die „Verfälschung des Februar" durch die Liga und besonders durch Kerenskij[139].

Letzterer wurde zur Zielscheibe besonders heftiger Angriffe. „Als der Hauptschuldige an der russischen Tragödie hatte er nicht das Recht", erklärten zum Beispiel die Monarchisten, „sich zum Verteidiger russischer Interessen zu machen"[140]. Es wurden sogar Eingaben an die Regierung der Vereinigten Staaten gemacht, um auf diese Weise Kerenskij das Handwerk zu legen[141].

Kerenskij selbst ließ sich dadurch nicht stören und versuchte im Gegenteil, sich noch mehr in den Vordergrund zu spielen. Seitens der Liga scheint er aber doch als eine gewisse Belastung empfunden worden zu sein. Im August 1951 wurde plötzlich bekannt, daß der ehemalige Premier aus der eben von ihm selbst begründeten Organisation wieder ausgetreten sei. Er schwenkte zu der Bewegung der Narodniki über.

Die Volksbewegung (Narodniki, RND)

Unter Wiederaufnahme der alten revolutionären Traditionen des Narodnitschestwo hatte sich zunächst in Paris die „Rußländische Volksbewegung" (Rossijskoje narodnoje dwishenije) als eine „Vereinigung aller demokratischen Kräfte der neuen und alten Emigration aller Völker, die auf dem Territorium der Sowjetunion leben" gebildet und seit dem Dezember 1948 unter der Redaktion des bekannten Schriftstellers Roman *Gul*, eines alten Emigranten, der vorübergehend ein sogenannter „Umsteller" gewesen war, die Zeitschrift *Narodnaja Prawda* erscheinen lassen[142].

Von Anfang an waren die Narodniki bemüht, einen engen Kontakt zu den entsprechenden Gruppen nicht nur der nicht-russischen Völker Rußlands, sondern auch der Satellitenstaaten zu gewinnen, und haben besonders enge Beziehungen zu den unter Vorsitz des Polen *Mikolajczyk* zusammengeschlossenen Bauernparteien und zu dem Büro der internationalen sozialistischen Parteien (BIS) angeknüpft.

Infolge dieser engen Zusammenarbeit mit den Sozialisten waren führende Menschewiken auch von Anfang an ständige Mitarbeiter der *Narodnaja Prawda.*

Im Zuge der Verlagerung des politischen Schwergewichts der „linken" Emigranten nach den Vereinigten Staaten verlegten auch die Narodniki die Zentrale ihrer Arbeit dorthin und ließen seit 1950 die *Narodnaja Prawda* in New York erscheinen. Die Narodniki hatten die Liga zunächst als den Eckstein einer wichtigen demokratischen Organisation warm begrüßt[143], waren aber bald gerade durch sie in eine schwere Krise geraten. Während die Liga im offensichtlichen Bemühen, möglichst weite Kreise zu gewinnen, es vermied, sich in bezug auf die Zukunft Rußlands festzulegen, lehnten die Narodniki den Grundsatz der Nichtvorherbestimmung mit Entschiedenheit ab, weil allein der Haß gegen Stalin und den „Komfaschismus" nicht genüge[144]. Nur auf dem Boden einer klaren politischen und sozialen Plattform sei es möglich, gleichdenkende Menschen zu einem arbeitsfähigen Organismus zu vereinen.

Auch sie erklärten es für unmöglich, mit denen gemeinsame Sache zu machen, die den Kampf gegen Stalin „unter dem Banner der Restauration einer Monarchie führen[145]". Auch sie veröffentlichten eine Plattform (erstmals im Mai 1948 in Paris), der sie im November 1951 im Zusammenhang mit Bemühungen um ein „Zentrum" eine neue, der amerikanischen Mentalität weitgehend Rechnung tragende Form gaben[146].

Bei ihrer Zielsetzung gehen sie von dem aus, was „das Volk", das heißt das Volk der Sowjetunion will. Ihr oberster Grundsatz ist: alles für das Volk — durch das Volk. „Das Volk will die Freiheit des Menschen, Befreiung von der Zwangsarbeit und eine gerechte soziale Ordnung." Als den Eckstein ihrer Ideologie bezeichnen sie die Garantie der Unantastbarkeit des Menschenrechtes auf seine persönliche politische und geistige Freiheit. In dem sehr literarisch gehaltenen deklarativen Teil ihrer Plattform berufen sie sich mit vielen Zitaten auf ihre großen Vorgänger aus der revolutionären Bewegung vor allem auf Herzen, Belinskij, Michailowskij und sogar auf Dostojewskij, erklären aber ausdrücklich, daß sie nicht das alte Narodnitschestwo zum neuen Leben erwecken wollten — das sei für immer gestorben! —, sondern ein neues entstehen lassen. Interessanterweise betonen sie ausdrücklich, übrigens unter Berufung auf einen bolschewistischen Artikel der *Prawda* vom 14. Juni 1935, daß das Narodnitschestwo „der ärgste Feind des Marxismus" sei, wobei sie offenbar den Kommunismus als die reinste Form des Marxismus ansehen. Immerhin ist damit natürlich der traditionelle Gegensatz zwischen Narodnitschestwo und Sozialdemokratie erneut unterstrichen.

Die konkreten Forderungen ihres Programms sind eine föderative demokratische Republik (I, 4) mit einer nach vierschwänzigem Wahlrecht gewählten Reichsduma und einer von den Gliedern der Föderation gewählten Bundesduma (I, 6) als Träger der gesetzgebenden Gewalt. Sie sehen einen parlamentarisch gewählten Präsidenten der Republik vor und ein der Reichsduma verantwortliches Ministerium (I, 7). Gleichheit vor dem Gesetz, Garantierung der üblichen bürgerlichen Freiheiten werden verlangt, ausdrücklich auch die Zulassung politischer Parteien mit Ausnahme jener, welche die Freiheit und Rechte des Volkes beeinträchtigen (I, 2). In wirtschaftlicher Hinsicht wird die Liquidierung der Kolchose und Sowchose verlangt und die entschädigungslose Uebereignung des Landes in bäuerliches Eigentum (II, 4). In den Händen des Staates sollen außer Bodenschätzen, Transportmitteln usw. auch alle industriellen Unternehmen bleiben „die eine gesamtstaatliche Bedeutung haben" (II, 3). Die Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung und am Gewinn dieser Betriebe ist vorgesehen. Außenhandel, Bank- und Versicherungswesen sollen unter der Kontrolle des Staates bleiben; Handel, Handwerk und Gewerbe sollen frei sein (II, 5). Auf sozialem Gebiet wird unter anderem die 40-Stunden-woche verlangt (III, 4). Auf religiösem Gebiet Trennung von Kirche und Staat und ein „wohlwollendes Verhalten des Staates zu den Kirchen aller Bekenntnisse" (IV, 1—3). Die Verfassung soll in einer Versammlung angenommen werden, die von den Narodniki im Unterschied zu den anderen Gruppen nicht als konstituierende, sondern als gesamtnationale Versammlung bezeichnet wird (VI, 2). Ausdrücklich ist vorgesehen, daß die Glieder des (bolschewistischen) Politbüros und die Leiter des MWD dem Gericht übergeben werden sollen (VI, 4).

In einer gesonderten Erklärung wird die nationale Frage behandelt, wobei hervorzuheben ist, daß ausdrücklich das Recht jeder Nation zur Selbstbestimmung einschließlich der Erklärung der staatlichen Souveränität vorgesehen ist (1). Die Selbstbestimmung soll auf dem Wege einer „freien Volksabstimmung" (Plebiszit) aller dort im Augenblick der Abstimmung wohnenden volljährigen Bürger unter dem Schutz der Vereinten Nationen stattfinden (3 und 4), eine Bestimmung, die im Hinblick auf die stattgehabten Umsiedlungen durch die Sowjets von entscheidender Bedeutung ist und, zumal bei den einzelnen Völkerschaften (zum Beispiel den Ukrainern), auf schärfsten Widerspruch gestoßen ist.

Das Verbindende zwischen den Zielsetzungen der Narodniki und der Liga liegt auf der Hand. Das Trennende sollte im Zusammenhang mit den Bemühungen, alle republikanisch-demokratischen Organisationen in einem „Zentrum" zu vereinen, erkennbar werden. Wir kommen darauf noch zurück.

Zu diesen Narodniki trat, wie erwähnt, im August 1951 überraschenderweise der sich der besonderen Sympathie der Amerikaner erfreuende *Kerenskij* über

und wurde zur allgemeinen Ueberraschung sogleich zum Vorsitzenden des sogenannten Nationalkomitees der Bewegung gewählt. Damit war Kerenskij an die Spitze der Partei getreten, was ihm bei seiner eigenen Gründung, der Liga, nicht gelungen war. Kerenskij hat zusammen mit Professor *Kurganow* auch als Vertreter der Narodniki an den späteren Verhandlungen mit den anderen Gruppen teilgenommen. Diese Herausstellung Kerenskijs war um so erstaunlicher, als die Narodniki besonderen Wert darauf legten, eine Bewegung der neuen Emigranten zu sein. Die heftige Gegnerschaft gegen Kerenskij, keineswegs nur bei den alten Monarchisten, sondern auch bei den neuen Emigranten, äußerte sich besonders lebhaft anläßlich seiner Anwesenheit in Deutschland im Herbst 1951 und hat unter anderem auch in der deutschen Presse ihren Niederschlag gefunden[147].

Der Widerstand gegen ihn ließ auch nicht nach, als die *Narodnaja Prawda* sich bemühte, nachzuweisen, daß Wlassow sich sehr positiv zu Kerenskij gestellt habe, und auch nicht, als Professor *Stepun* versuchte, in der amerikanischen *Neuen Zeitung* das Ansehen des ehemaligen Premiers zu retten[148]. Die offene Krise wurde noch durch das Verhalten Kerenskijs in der nationalen Frage verschärft und hatte eine neuerliche Spaltung zur Folge, als das Zentralkomitee der Volksbewegung im Februar 1952 eine Erklärung veröffentlichte, nach der seine eigenen Delegierten, das heißt Kerenskij und Kurganow, nicht im Sinne der ihnen erteilten Instruktionen gehandelt hätten. Für diese Erklärung wurde wiederum der langjährige Sekretär des Zentralkomitees und Mitbegründer der Bewegung, Roman *Gul*, aus der Volksbewegung ausgeschlossen, nachdem er seinerseits erklärt hatte, daß es für ihn „moralisch unmöglich und politisch untragbar sei, mit Kurganow der gleichen Organisation anzugehören[149]". Gul gründete nunmehr eine neue Gruppe, die sich im Unterschied zu seiner früheren Gründung nicht rußländische Volksbewegung, sondern einfach „Volksbewegung" nennt. Seit dem März 1952 ließ er auch in New York eine neue *Narodnaja Prawda* erscheinen[150]. Damit hatten die Narodniki sich in zwei Teile gespalten.

Das waren nur einige der Begleiterscheinungen bei den Bemühungen, nur die republikanisch-demokratischen Gruppen der russischen Emigration unter einen Hut zu bringen.

Die Sozialisten

Auch die Sozialisten hatten ihre Zentrale nach New York verlegt. In ihrem Bestande stark überaltert und geführt von ihren alten, hochbetagten Parteiführern, sind sie insofern ein konservatives Element in der russischen Emigration, als sie, zumal die Sozialdemokraten, am unmittelbarsten und ohne Bruch ihre alten Parteitraditionen fortführen konnten. Nach wie vor unterscheiden sie noch zwischen den Sozialrevolutionären (SR) — W. *Tschernow* (gestorben Mai 1952), *Sensinow, Wischnjak* —, und den Sozialdemokraten (SD) — *Abramowitsch, Nikolajewskij, Dalin*. Aber die SR traten so in den Hintergrund, daß sie nicht einmal mehr mit einer eigenen politischen Konzeption hervortraten, sehr zum Leidwesen des „Kampfbundes" (SBONR), der, wie wir sahen, in mancher Hinsicht an die revolutionäre Vergangenheit der SR anknüpft.

Führend sind im sozialistischen Lager die Sozialdemokraten (Menschewiken). Die nach der Flucht ihrer Führer *(Martow)* aus der Sowjetunion im Jahre 1920 begründete Auslandsvertretung der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDRP) steht seit Jahren unter der Leitung von *Abramowitsch*[151]. Ihr Zentralorgan, der zunächst in Berlin begründete, dann nach New York übergeführte *Sozialistitscheskij Westnik*, konnte in unabgerissener Folge sein Erscheinen fortsetzen. Zur Zeit erscheint er in New York und in Paris. Die so gewahrte Kontinuität trat natürlich auch ideologisch in Erscheinung, wobei die Stärke der Sozialisten den anderen gegenüber in der wissenschaftlichen Fundierung ihrer Anschauungen und in der geschulten Exaktheit ihrer Formulierungen liegt, ihre unverkennbare Schwäche aber in einer gewissen Sterilität und nicht nur physischen, sondern auch geistigen Ueberalterung, die ihnen die Anziehungskraft auf die junge Generation nimmt.

Es war schon darauf hingewiesen worden, daß die Menschewiken sich bemühten, in den Reihen der neuen Emigranten einen Nachwuchs zu finden und politischen Einfluß auf die „linken" Wlassowzy zu gewinnen. Sie hatten damit gar keinen Erfolg. Vom Marxismus, in welcher Form auch immer, wollten die ehemaligen Sowjetbürger nichts mehr wissen.

Im Unterschied zu den anderen politischen Gruppen, lehnen die Sozialisten Wlassow und seine Befreiungsbewegung grundsätzlich ab, da sie auf eine „lasterhafte und geschichtlich verwerfliche Idee" gegründet war. Das Unternehmen sei in jedem Fall zum Scheitern verurteilt gewesen, im Falle eines Sieges wie in dem einer Niederlage[152].

Die Zusammenarbeit mit Hitler und Rosenberg wird Wlassow und allen für seine Bewegung politisch Verantwortlichen, das heißt, vor allem den daran beteiligten Solidaristen in keinem Falle vergeben. In einer speziell zu dieser Frage im Herbst 1949 gefaßten Resolution der Auslandsvertretung der RSDRP wird aber ein betonter Unterschied zwischen der Führung der Bewegung und den einzelnen Kriegern gemacht, deren Zusammenarbeit mit Hitler nicht das Ergebnis eines freien Willensentschlusses gewesen, sondern der tragischen Situation der Ausweglosigkeit entsprungen sei, in die sie ohne ihr Verschulden geraten waren. Mit jenen, die „sich nicht befleckt haben mit einer Teilnahme an der Hitlerpropaganda und an Gewalttaten ... und die

aufrichtige Demokraten seien", erklärt die Partei eine Zusammenarbeit für möglich[153].

Aber gerade in diesem Zusammenhang, kam es auch bei den Sozialisten zu innerparteilichen Konflikten. Wir sahen bereits die maßgebliche Beteiligung führender Sozialisten an der Liga (Nikolajewskij). Die Liga trat aber bei den Bemühungen um ein „Zentrum" im Jahre 1951 in nahe Zusammenarbeit mit den Solidaristen. Dagegen empörten sich andere sozialistische Führer, so Abramowitsch, die in den Solidaristen Exponenten einer „sehr volksfeindlichen, sehr antidemokratischen Ideologie im Sinne des reaktionären Slawophilentums und durchtränkt mit russischem Nationalismus, Antisemitismus, und Chauvinismus" sahen[154].

Am nachdrücklichsten von allen russischen Emigrantengruppen weisen die Sozialisten warnend auf die selbstverständlich sehr naheliegende Möglichkeit hin, daß der Bolschewismus in Rußland eines Tages nicht durch eine Demokratie, sondern durch ein „anderes, seinem Wesen nach totalitäres und chauvinistisches System", also durch eine andere Diktatur abgelöst werden könnte. Sie spielen dabei unverkennbar auf die Ziele und Hoffnungen der Solidaristen an. In diesem Zusammenhang ist ein Artikel von G. *Aleksandrow* von Interesse, weil er zeigt, wie eng diese Frage mit der russischen Geschichtsbetrachtung verbunden ist. Hier leben nämlich die alten, und man möchte sagen ewigen Gegensätze zwischen Westlern und Slawophilen wieder auf. Denn diese Gegensätze sind es, die der sehr scharf gewordenen Kontroverse zwischen (westlerischen) Sozialisten und (slawophilen) Solidaristen eigentlich zugrunde liegen. „So traurig es ist", heißt es im *Soz. Westnik*, „so müssen wir doch daran erinnern, daß die Völker Rußlands im Laufe ihrer ganzen Geschichte keine Gelegenheit hatten, ein demokratisches System kennenzulernen. Alle drei staatlichen Gebilde auf dem Territorium Rußlands bis auf den heutigen Tag, das vorpetrinische, asiatische Moskowien, das nachpetrinische, petersburgische autokratische Rußland und das stalinsche asiatische Chanat, das sich SSSR nennt, sind nur verschiedene Spielarten der Despotie ... Man muß bekennen, daß die jahrhundertelange Sklavenexistenz im russischen Volke die Fähigkeit nur wenig gefördert hat, sich die Freiheit zu erobern und sie zu nutzen[155].

Es sind dieses Gedankengänge, die bekanntlich in der Rußlandliteratur des Westens seit über hundert Jahren — seit dem berühmten Buch des Marquis *de Custine* über das Nikolaitische Rußland (1839) — immer wieder vertreten worden sind, die aber von den Russen slawophiler Tradition mit großer Schärfe abgelehnt und als Verunglimpfung und Schmähung des russischen Volkes bezeichnet werden. In diesem Sinne haben auch die Solidaristen den Sozialisten geantwortet[156]. Hinter dieser Kontroverse steht aber das Zentralproblem der russischen Geschichte, der Vergangenheit, Gegenwart und wohl auch Zukunft Rußlands überhaupt, die Frage nämlich nach der Eigenständigkeit der russischen Geschichtsentwicklung, die heute wieder so aktuell gewordene, durch die gesamte Rußlandliteratur aller Sprachen geisternde und sehr unterschiedlich beantwortete Frage, ob und wie weit Rußland zum europäischen Abendlande gehört: und das ist gleichzeitig die Frage, ob eine Europäisierung beziehungsweise Amerikanisierung Rußlands, was politisch gleichbedeutend wäre mit Demokratisierung, also eine Angleichung der rußländischen Verhältnisse an jene des abendländischen Westens überhaupt möglich ist oder nicht.

Der direkte Einfluß der Sozialisten auf die Emigration über ihre Parteiorganisation ist gering und beschränkt sich auf die grundsätzlich nichtsozialistische „Liga". Ihr indirekter Einfluß ist aber zweifellos weit größer, einmal über die sozialistische Internationale und dank der Stärke der sozialistischen Parteien innerhalb der verschiedenen Gastländer der Emigranten und zweitens durch die guten Beziehungen russischer Sozialisten zu jenen Amerikanern, die in wachsendem Maße begannen, sich politisch und auch fianziell für die russische Emigration zu interessieren. Diese Beziehungen wurden bei den bereits wiederholt erwähnten Bemühungen um ein „Zentrum" im Jahre 1951 besonders wichtig. Wir kommen im Zusammenhang mit dem Amerikanischen Komitee zur Befreiung der Völker Rußlands darauf zurück.

Anmerkungen

94) Vgl. das erste Referat auf dem Kongreß des SBONR im November 1949.

95) Vgl. EA 22—23 1952, S. 5319 ff.

96) *Bor'ba* Nr. 24.

97) ebenda.

98) ebenda.

99) Vgl. H. *von Rimscha:* „Der russische Bürgerkrieg".

100) Vgl. *Nascha Strana* Nr. 71 und *Wlassowez* 1951 Nr. 5/6.

101) Vgl. die eingehenden Berichte über den Kongreß in *Narodnaja Prawda* Nr. 6, und *Grjaduschtschaja Rossija* Nr. 15.

102) Parteistatut, Art. 84.

103) ebenda, Art. 12.

104) Die Doktrin ist abgedruckt in *Bor'ba* 1949, Nr. 6/7.

105) *Soz. Westnik* Nr. 637.

106) Ideologische Doktrin, Einleitung S. III.

107) ebenda, S. IV, V.

108) Doktrin, Abschnitt 60.

109) ebenda, Abschnitt 55.

110) Doktrin, Einleitung S. VII.

[111]) ebenda, S. VII.

[112]) ebenda, S. VII.

[113]) ebenda, S. VII.

[113a]) *Achminow* S. 265/66.

[114]) Doktrin VI.

[115]) ebenda, S. VII und Abschnitt 56.

[116]) Doktrin, Abschnitt 54.

[117]) Doktrin, Einleitung S. VI.

[118]) ebenda, S. VII.

[119]) ebenda, S. V.

[120]) *Nabat* Nr. 34.

[121]) ebenda.

[122]) Vgl. *Bulletin* des AZODNR.

[123]) *Nabat* Nr. 34.

[124]) *Nascha Strana* Nr. 41.

[125]) D. *Dalin:* „Drei Monate mit der neuen Emigration" in *Narodnaja Prawda* Nr. 1.

[126]) Ein Gast in *Narodnaja Prawda* Nr. 6.

[127]) *Soz. Westnik* 1950, Nr. 630.

[127a]) Vgl. den Leitartikel über die Entwicklung der Zeitung in *Golos Naroda* Nr. 100 vom 21. Dezember 1952.

[128]) Vgl. *Rimscha:* „Bürgerkrieg" a. a. O., S. 52 und 115 ff.

[129]) Der Ausdruck Jedinaja ist schwer zu übersetzen, weder einig, noch einzig, noch einheitlich trifft den Sinn ganz. Das russische Wort soll weder die Einigkeit noch die Einzigkeit noch die Einheitlichkeit ausdrücken, sondern, daß Rußland als Einheit im Gegenteil zu einer Vielheit verstanden wird.

[130]) *Rossijskij Demokrat* Nr. 2, 1948.

[131]) *Iswestija* WMS Nr. 2.

[132]) *Rossijskij Demokrat* 1948, Nr. 2, 1948.

[133]) Die Plattform ist unter dem Titel „Grundlagen (ocnownyje poloshenija) der Liga" u. a. veröffentlicht in *Narodnaja Prawda* Nr. 3.

[134]) *Grjaduschtschaja Rossija* Nr. 7.

[135]) ebenda.

[136]) Grundlagen der Liga.

[137]) *Melgunow in Rossijskij Demokrat,* Mai 1949. Ebenso *Cheraskow* in *Russkaja Mysl.*

[138]) *Grjaduschtschaja Rossija* Nr. 7.

[139]) *Solonewitsch* in *Nascha Strana.*

[140]) Vgl. ein im November 1949 in Amerika verbreitetes monarchistisches Flugblatt.

[141]) *Grjaduschtschaja Rossija* Nr. 14.

[142]) Zu der Initiativgruppe der Volksbewegung gehörten noch: N. Turow, W. Butenko, D. Prushan, K. Shicharew, N. Serow, A. Petrosjan.

[143]) Vgl. *Narodnaja Prawda* Nr. 3.

[144]) Der 1948 gebrauchte Ausdruck „Komfaschismus" wurde später einfach durch Diktatur ersetzt.

[145]) *Narodnaja Prawda* Nr. 2.

[146]) Der Wortlaut dieser neuen Fassung ihrer Plattform ist abgedruckt in *Narodnaja Prawda* Nr. 17/18.

[147]) Vgl. *Süddeutsche Zeitung* Nr. 189 und *Die Welt* Nr. 194.

[148]) *Die Neue Zeitung* Nr. 199.

[149]) Vgl. *Golos Naroda* Nr. 59.

[150]) Die erste Nummer erschien am 15. März 1952.

[151]) Vgl. *Rimscha:* „Bürgerkrieg" a. a. O., S. 64 u. S. 114.

[152]) *Abramowitsch* in *Soz. Westnik* Nr. 637.

[153]) Die Thesen der RSDRP sind abgedruckt im *Soz. Westnik* Nr. 637.

[154]) *Soz. Westnik* Nr. 647.

[155]) ebenda, Nr. 625.

[156]) Vgl. *Possew* vom 25. Mai 1952.

Bedeutung der Abkürzungen

Im Text ist bei der erstmaligen Verwendung der Abkürzung stets deren Bedeutung erwähnt. Im weiteren Verlauf der Darstellung wurden meist nur die Abkürzungen verwandt.

ABN — Antibolschewistitscheskij blok narodow (Antibolschewistischer Block der Nationen).

AZODNR — Antibolschewistitscheskij zentr oswoboditel'nowo dwishenija narodow Rossii (Antibolschewistisches Zentrum der Befreiungsbewegung der Völker Rußlands).

BSMNR — Bojewoi sojus molodeshi narodow Rossii (Kriegsverband der Jugend der Völker Rußlands).

KONR — Komitet oswoboshdenija narodow Rossii (Befreiungskomitee der Völker Rußlands).

KOW — Komitet objedinjonnych Wlassowzew (Komitee der vereinigten Wlassowzy).

KZAB — Koordinazionnyj zentr antibolschewistitscheskoj bor

KZAB — Koordinazionnyj zentr antibolschewistitscheskoj bor by (Koordinationszentrum des antibolschewistischen Kampfes).

NAZPRE — Nazionalnoje predstawitel'stwo rossijskoi emigrazii (Nationale Vertretung der russischen Emigration).

NRPD — Neue Rußlandpolitik Deutschlands.

NSNP — Nazionalnyi sojus nowowo pokolenija (Nationalverband der neuen Generation).

NTS — Nazionalno-trudowoj sojus (Nationaler Bund des Schaffens, nationaler Arbeitsverband).

NTSNP — Nazionalno-trudowoj sojus nowowo pokolenija (Nationaler Bund des Schaffens der neuen Generation).

ODNR — Oswoboditel'noje dwishenije narodow Rossii (Befreiungsbewegung der Völker Rußlands).

ORA — Organisazija rossijskich antikommunistok (Organisation russischer Antikommunistinnen).

RFS — Rossijskij faschistskij sojus (Russischer Faschistenbund).

RND — Rossijskoje narodnoje dwishenije (Rußländische Volksbewegung).

RNO — Rossijskoje nazionalnoje ob jedinenije (Russische nationale Vereinigung).

ROA — Russkaja oswoboditel'naja armija (Russische Befreiungsarmee).

RONDD — Rossijskoje obschtschenazional'noje narodno-dershawnoje dwishenije (Russische nationale Volks- und Reichsbewegung).

ROWS — Russkij obschtsche-woinskij sojus (Verband russischer Krieger).

RSDRP — Rossijskaja sozialdemokratitscheskaja rabotschaja partija (Russische Sozialdemokratische Arbeiterpartei).

SAF — Sojus Andrejewskawo flaga (Verband der Andreasfahne).

SBONR — Sojus bor'by sa oswoboshdenije narodow Rossii (Kampfbund zur Befreiung der Völker Rußlands).

SBSR — Sojus bor by sa swobodu Rossii (Bund zum Kampf für die Freiheit Rußlands).

SONR — Sowjet oswoboshdenija narodow Rossii (Befreiungsrat der Völker Rußlands).

SWOD — Sojus woinow oswoboditel'nowo dwishenija (Kriegerverband der Befreiungsbewegung).

WMS — Wysschij monarchitscheskij sowjet (Oberster monarchistischer Rat).

WO — Wlassowskoje objedinenije (Union der Wlassowzy).

UKROA — Uprawlenije kadrami rossijskoj oswoboditel'noj armii (Kaderverwaltung der russischen Befreiungsarmee).

ZPRE — Zentralnoje predstawitel'stwo rossijskoj emigrazii (Zentrale Vertretung der russischen Emigration).

DOKUMENTATION

8. JAHR | 5. FEBRUAR 1953 | 3. FOLGE

Der vierte Jahresbericht des Europäischen Wirtschaftsrates vom 13. Dezember 1952*

Teil I. Grundzüge eines Programms zur Erreichung wirtschaftlicher Lebensfähigkeit und Stärke

A. Die Problemstellung

1. Die westeuropäische Wirtschaft kann jetzt nach Ablauf des Europäischen Wiederaufbauprogramms beträchtliche Fortschritte gegenüber den unmittelbaren Nachkriegsjahren aufweisen. Diese Tatsache allein ist ein Maßstab für den Erfolg des Marshall-Plans. Die industrielle Produktion Westeuropas beträgt jetzt das Eineinhalbfache des Standes von 1947. Der private Verbrauch hat im Durchschnitt das Vorkriegsniveau wieder erreicht und um ein Geringes überschritten. In dem Bestreben, zu einer Lösung des Zahlungsbilanzproblems zu kommen, hat man die Einfuhr etwas unter dem Vorkriegsstand gehalten, während die Ausfuhr um fast zwei Drittel gesteigert wurde. Darüber hinaus hat Europa die Grundlagen für eine bessere Zukunft gelegt, indem es umfassende Investierungsprogramme in Angriff nahm, einen beträchtlichen Prozentsatz seines Handels liberalisierte und ein multilaterales Zahlungssystem einführte, in das auch die abhängigen Ueberseegebiete und das gesamte Sterlinggebiet einbezogen sind. Derartige Ergebnisse wären zwar ohne die Marshall-Hilfe unausdenkbar gewesen, sie sind aber gleichzeitig ein sicheres Zeichen für den Schwung, mit dem Westeuropa selbst an die Lösung seiner Wirtschaftsprobleme herangeht.

2. Trotz dieser Fortschritte und trotz aller Anzeichen einer vorhandenen Lebenskraft ist die gegenwärtige wirtschaftliche Lage Westeuropas keineswegs zufriedenstellend. Man hatte angenommen, daß es möglich sein würde, wenn die Nachkriegsperiode des Wiederaufbaus einmal beendet wäre, den hohen Beschäftigungsstand und das schnelle Tempo der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb eines weltweiten multilateralen Handels- und Zahlungssystems beizubehalten, das man als unerläßliche wirtschaftliche Voraussetzung für einen festeren Zusammenhalt der westlichen Welt ansah. Aber das ist noch nicht erreicht worden.

3. Die wirtschaftlichen Verhältnisse sind zwar in den Mitgliedstaaten durchaus verschiedenartig, aber es lassen sich in der gegenwärtigen Situation einige gemeinsame Züge feststellen:

i) Die Produktion in den verschiedenen Ländern steigt entweder überhaupt nicht oder weist nur eine ganz langsam steigende Tendenz auf.

ii) Die Gesundung der inländischen finanziellen Lage hat gute Fortschritte gemacht. Es bestehen jedoch immer noch inflationistische Tendenzen in einigen Ländern und deflationistische in anderen, die einen stetigen Fortschritt verhindern.

iii) Die Zahlungsbilanzen verschiedener Mitgliedstaaten weisen immer noch Ausgleichsstörungen auf.

iv) Fast alle Mitgliedstaaten haben schwerwiegende Störungen in ihren Zahlungsbilanzen mit dem Dollargebiet.

v) In der Liberalisierung des innereuropäischen Handels ist ein Stillstand eingetreten, und einige größere Länder mußten die auf bestimmten Gebieten bereits eingeführten Liberalisierungsmaßnahmen wieder einschränken, wodurch sie dem allgemeinen Rückgang des Handels noch Vorschub leisteten.

4. Leider besteht keinerlei Grund zu der Annahme, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten außergewöhnlichen Faktoren zuzuschreiben sind, die mit der Zeit fortfallen würden. Diejenigen Faktoren, die man bisher oft in diesem Sinne heranzog, haben entweder ihre Bedeutung für die gegenwärtigen Schwierigkeiten verloren oder sind wirklich derart, daß man sie als dauernde Erscheinungen ansehen muß. So haben sowohl die materiellen Zerstörungen und die Desorganisation, die im Gefolge des Zweiten Weltkrieges auftraten, als auch die durch den Ausbruch des Korea-Krieges hervorgerufenen Störungen — beides Erscheinungen, die man in ihren Auswirkungen auf die Wirtschaft als vorübergehend ansehen konnte — ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Lage verloren. Nicht als vorübergehend anzusehen sind andererseits diejenigen Faktoren, denen ein großer Teil der gegenwärtigen Schwierigkeiten zuzuschreiben ist: Die Notwendigkeit, die Verteidigung der Mitgliedstaaten und der angeschlossenen Länder aufzubauen, der Rückgang

*) Vgl. die Anmerkung auf Seite 5482.

des Ost-West-Handels und die im Vergleich zur Vorkriegszeit ungünstige Entwicklung der Handelsbeziehungen. Mit den Verteidigungsaufgaben muß man als einer dauernden Belastung rechnen, da es sich nicht nur um den Aufbau einer ausreichenden Verteidigung, sondern auch um die Erhaltung über eine längere Zeitspanne hin handelt. Ebenso sind auch die Verhältnisse, die zu dem Rückgang im Ost-West-Handel und zu der ungünstigen Entwicklung der Handelsbeziehungen geführt haben, nicht derart, daß man in absehbarer Zeit mit einer Wendung rechnen könnte.

5. Die Mitgliedstaaten sind in ihrer Analyse ihrer wirtschaftlichen Aussichten, die sie als Grundlage für die Ausarbeitung des vorliegenden Berichts geliefert haben, ebenfalls zu der Schlußfolgerung gekommen, daß die gegenwärtigen Schwierigkeiten nicht vorübergehender Natur sind. Aus diesen Prognosen spricht die allgemeine Erwartung, daß bei den gegenwärtig in der Welt vorherrschenden wirtschaftspolitischen Gegebenheiten nur eine begrenzte wirtschaftliche Expansion in den Mitgliedstaaten möglich sein wird, daß schwerwiegende Ausgleichsstörungen in der Dollarbilanz weiterhin bestehen werden und daß eine Verbesserung des Zahlungsbilanzausgleichs, wenn sie überhaupt eintritt, eher durch einen Rückgang der Einfuhren als durch eine Ausweitung der Ausfuhren hervorgerufen werden wird. Wenn Europa aus dieser Sackgasse herauskommen soll, ist es unbedingt erforderlich, daß durch erneute Initiative auf internationaler Ebene ein Weg aufgezeigt wird, der weitere Fortschritte für die Zukunft verspricht. Klares Denken ist notwendig bei der Auswahl der zu ergreifenden Maßnahmen und energisches Handeln bei ihrer Durchführung, wenn die Probleme gelöst werden sollen, vor denen die europäische Wirtschaft noch steht. Diese Probleme sollen im folgenden in ihrem allgemeinen Rahmen untersucht werden. Eine ins einzelne gehende Bewertung der Faktoren, durch die sie bestimmt werden, findet sich in den Teilen II und III*) des vorliegenden Berichts, wo die in den Ländern herrschenden verschiedenartigen Verhältnisse berücksichtigt sind.

Das Dollar-Defizit

6. Im Brennpunkt dieser genaueren Untersuchung steht das Problem des Dollardefizits, das gleichzeitig Ausgangspunkt und Folgeerscheinung für alle gegenwärtigen Schwierigkeiten ist. Trotz der seit Kriegsende erzielten Fortschritte besteht immer noch ein beträchtliches Defizit. Die Tatsache, daß dieses Defizit sich auch jetzt, nachdem die Wiederaufbauperiode der Nachkriegszeit praktisch beendet ist, noch erhalten hat, ist ein Beweis dafür, daß es nicht automatisch verschwinden wird. Die Höhe dieses Defizits gibt, so beträchtlich sie auch ist, keinen Anhaltspunkt für das Ausmaß der ihm zugrundeliegenden Gleichgewichtsstörung, denn es ist abgegrenzt durch strenge Einschränkungsmaßnahmen, die in der Absicht eingeführt wurden, Dollarimporte einzusparen.

7. Die Tatsache, daß das Dollardefizit laufend weiterbesteht, ist ein Hindernis für den wirtschaftlichen Fortschritt Westeuropas. In den Ländern, deren Devisenreserven niedrig sind, führt es dazu, daß restriktive Maßnahmen eingeführt werden müssen, die wiederum die Möglichkeiten einer Ausweitung der Produktion und der Kapazität dieser Länder beeinträchtigen. Auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen zwingt es zur Beibehaltung diskriminatorischer Bestimmungen. Es verhindert auch die Liberalisierung des innereuropäischen Handels, da der Dollar in der Europäischen Zahlungsunion das letzte Verrechnungsmittel darstellt. Dadurch wird die Steigerung der Produktivität, die an sich zur Verminderung des Dollardefizits beitragen könnte, verhindert.

8. Ein Aktionsplan müßte daher auf jeden Fall eine Lösung des Dollarproblems vorsehen. Er müßte ein Europa anstreben, das in der Lage ist, seine grundlegenden Ziele ohne amerikanische Wirtschaftshilfe zu erreichen, und das sich diese Fähigkeit nicht nur erhalten, sondern weitere wirtschaftliche Fortschritte machen kann.

9. Die amerikanische Wirtschaftshilfe war sicherlich unentbehrlich und wird es vielleicht auch für einige Länder in Zukunft noch bleiben, sei es, weil die Verteidigungsaufgaben ihnen besonders schwere Lasten auferlegen, sei es, weil sie, wie es bei einigen wenigen Ländern der Fall ist, durch die Kriegsfolgen in eine besonders kritische Lage geraten sind, oder weil sie vor besonders schwierigen strukturellen Problemen stehen. Aber es geht nicht an, daß sich ein allgemeines Hilfssystem zur normalen Praxis entwickelt. Westeuropa würde das ebensowenig wollen wie die Vereinigten Staaten. Es müssen also Verhältnisse geschaffen werden, die eine solche Hilfe überflüssig machen.

10. In der unmittelbaren Zukunft werden die „off shore"-Bestellungen der Vereinigten Staaten und andere ungewöhnliche Verteidigungsausgaben in Europa eine merkliche, wenn auch bei der Lage der Dinge nur vorübergehende Entlastung der Dollarknappheit bringen. Dadurch wird eine Atempause gewährt und damit die Gelegenheit geboten, grundlegende Lösungsmöglichkeiten für das Dollarproblem zu entwickeln und die europäischen Verteidigungsanstrengungen auf ein festes Fundament zu stellen.

Sicherstellung der übergeordneten Ziele

11. Der Suche nach diesen Lösungsmöglichkeiten dürfen aber nicht die wesentlichen Ziele zum Opfer fallen, denen von den Regierungen beiderseits des Atlantik die absolute Priorität eingeräumt worden ist. Man darf nicht in dem Bemühen, die Dollarlücke zu schließen, nach den Allheilmitteln greifen, die einen wirtschaftlichen Stillstand, große Arbeitslosigkeit, unzureichende Verteidigungsvorbereitungen oder einen so niedrigen Lebensstandard bedeuten würden, daß der soziale Friede gefährdet wäre. Damit wäre keine wirkliche Lösung des Problems erreicht. Dieses Problem läßt sich nicht einfach durch eine radikale Kürzung der westeuropäischen Einfuhren aus dem Dollargebiet auf den Stand der Dollareinnahmen lösen. Abgesehen von den schwerwiegenden Konsequenzen, die ein solches Vorgehen in bestimmten Zweigen der amerikanischen Landwirtschaft und Industrie haben würde, hätte der Verzicht auf lebenswichtige landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse, die zur Zeit nur aus dem Dollargebiet bezogen werden können, verheerende Auswirkungen in Europa. Westeuropa kann seinen wirtschaftlichen Wiederaufstieg nicht verwirklichen, indem es sich mit einem auf das Existenzminimum herabgesetzten Lebensstandard zufrieden gibt und seine Produktion stagnieren läßt.

*) Hier nicht abgedruckt.

12. Damit soll nicht gesagt sein, daß die Bemühungen um eine Senkung der Dollareinfuhren durch Steigerung der Produktion im Raume der Europäischen Zahlungsunion nicht weiterhin im Vordergrunde stehen müßten. In der Kohle- und Oelproduktion sind beispielsweise bereits Fortschritte erzielt worden, aber es muß noch mehr erreicht werden. Ebenso muß Europa bestrebt sein, seinen Bedarf an landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Rohstoffen und bestimmten Industrieausrüstungen in zunehmendem Maße entweder aus der eigenen Produktion oder aus der seiner überseeischen Gebiete zu decken.

13. Andererseits muß man sich davor hüten, an Stelle der jetzt aus der Dollarzone bezogenen Güter einfach eigene Erzeugnisse oder Einfuhren zu setzen, die nur zu höheren Preisen erhältlich sind und dadurch die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Industrie und den Lebensstandard der Bevölkerung beeinträchtigen würden. Schon die Beibehaltung der gegenwärtig für Dollareinfuhren geltenden Beschränkungen über eine längere Zeitspanne hin würde solche Auswirkungen nach sich ziehen. Es müßten also wirtschaftliche Verhältnisse geschaffen werden, die es Europa ermöglichen, nicht nur seine wesentlichen Dollareinfuhren aus eigenen Einnahmen zu bezahlen, sondern auch allmählich die diskriminatorischen Beschränkungen bei allen Einfuhren aufzuheben.

Wesentliche Elemente einer Dauerlösung

14. Es ergibt sich somit ein klares Bild von den wesentlichen Zügen, welche die anzustrebende Lösung aufweisen muß. Europa muß von der amerikanischen Wirtschaftshilfe unabhängig sein, und zwar mit Hilfe einer anhaltenden Expansionspolitik, durch die es seine Konkurrenzfähigkeit wiedergewinnen, seine Dollareinnahmen steigern und ein dauerhaftes Gleichgewicht in einem weltweiten, liberalisierten Handels- und Zahlungssystem erreichen kann. Dazu ist es erforderlich, daß Westeuropa und die ihm angeschlossenen Währungsgebiete sowie die Vereinigten Staaten und Kanada in gemeinsamem Vorgehen auf breiter Basis gleichzeitig handeln. Die Hauptverantwortung liegt zweifellos bei den Ländern Europas, denn es ist eine Grundforderung, die an jede Gemeinschaft gestellt wird, daß sie sich aus eigener Kraft erhält. Aber ebenso klar liegt es auf der Hand, daß die Mitarbeit der wirtschaftlich stärkeren Mitglieder der westlichen Gemeinschaft, das heißt der Vereinigten Staaten und Kanadas, unentbehrlich ist. Das ergibt sich auch aus der Tatsache, daß einerseits dem Dollardefizit in der übrigen Welt ein Ausfuhrüberschuß der Vereinigten Staaten mit den meisten Gebieten der Welt entspricht und daß andererseits der wirtschaftliche Fortschritt der westlichen Welt eine anhaltende und stetige wirtschaftliche Expansion in den Vereinigten Staaten zur Voraussetzung hat.

15. Die einzelnen Grundzüge eines diesen Forderungen entsprechenden Aktionsplans können nichts besonders Neues enthalten. Die Koordination der diesseits und jenseits des Atlantik getroffenen Maßnahmen und ihre energische Durchführung könnte jedoch eine Neuerung darstellen. Im wesentlichen besteht die Aufgabe, die den Vereinigten Staaten zufällt, darin, dafür zu sorgen, daß ein verhältnismäßig stetiger Dollarabfluß ermöglicht wird, der dem hohen Exportvolumen der Vereinigten Staaten angemessen ist. Europa dagegen muß dafür sorgen, daß es den Dollaranteil, den es benötigt, durch eigene Einnahmen einbringt.

B. Die europäische Verantwortung

16. Europas Verantwortung wird in erster Linie darin liegen, daß es sich dazu entschließt, im Rahmen seiner Mittel zu leben, ohne dabei gewisse übergeordnete Ziele aufzugeben. Es muß seinen Bedarf aus der außereuropäischen Welt nach möglichst rationalen Gesichtspunkten bestimmen und durch die erforderlichen Umstellungen in seiner eigenen Wirtschaft dafür sorgen, daß dieser Bedarf aus laufenden Einnahmen bezahlt werden kann. Die Tatsache, daß Europa dazu zur Zeit nicht in der Lage ist, muß einerseits auf finanzielle und strukturelle Mißstände und andererseits auf die Unzulänglichkeit der Hilfsquellen zurückgeführt werden. In einer gemeinsamen Aktion zur Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit und zur Stärkung der Wirtschaft muß Europa also ein dreifaches Ziel anstreben:

i) Die innere finanzielle Stabilität zu erhalten; dabei muß die Preis- und Kostenstruktur mit den auf dem Weltmarkt herrschenden Verhältnissen vereinbar sein.
ii) Die Ausweitung der Produktion sicherzustellen, unter besonderer Berücksichtigung derjenigen Erzeugnisse, die in der Bedeutung für den inländischen Bedarf sowohl als auch für die Ausfuhrkapazität an hervorragender Stelle stehen.
iii) Durch die richtige Kombination der oben angeführten Richtlinien eine stetige Expansion des Exportvolumens herbeizuführen.

17. Wenn man von der Verantwortung Europas und von den politischen Maßnahmen spricht, die es ergreifen sollte, bewegt man sich gewissermaßen in abstrakten Begriffen. Die meisten der in diesem Bericht empfohlenen Maßnahmen müssen von den einzelnen Regierungen ergriffen werden, und ihre Wirksamkeit wird weitergehend davon abhängen, inwieweit sie von allen Ländern gleichzeitig angewandt werden, wobei es allerdings den größeren Ländern zufallen würde, eine führende Rolle zu spielen.

Innere finanzielle Stabilität

18. Die europäische Wirtschaft seit dem Kriegsende war charakterisiert durch die ständig wiederkehrende Tendenz eines die vorhandenen Hilfsquellen übersteigenden Bedarfs. An diese Wirtschaft sind vielfache und dringende Anforderungen gestellt worden, die sich aus dem Investitionsbedarf für den Wiederaufbau und für die notwendigen strukturellen Umstellungen sowie aus der Notwendigkeit ergeben haben, die Verteidigungskräfte zu schaffen und zu unterhalten und den Lebensstandard zu erhalten und zu verbessern. Diese Tendenz hat sich im allgemeinen und zu bestimmten Zeiten noch besonders durch die ungünstige Entwicklung der Handelsbeziehungen verstärkt, die eine Folge der erhöhten Einfuhrpreise war. Ein übermäßig gesteigerter Inlandsbedarf hat schwerwiegende internationale Auswirkungen, denn er kann zu

einer Ausweitung des Einfuhrbedarfs führen, während gleichzeitig die Ausfuhrmöglichkeiten und der Anreiz zur Ausfuhr vermindert werden. Vor allem die Länder, die ein Defizit gegenüber der gesamten übrigen Welt aufzuweisen haben, müssen also jeden übermäßigen, die verfügbaren Quellen übersteigenden Geldbedarf vermeiden, um die Herstellung des Gleichgewichts in ihrer Gesamtbilanz zu ermöglichen. Um den größtmöglichen Nutzen aus den äußeren Gegebenheiten zu ziehen, die ihnen Gelegenheit zur Steigerung ihrer Dollareinnahmen bieten, müssen die Länder Europas jeden inflationistischen Druck durch Anwendung geeigneter wirtschafts- und finanzpolitischer Maßnahmen im Lande energisch bekämpfen.

19. Die europäischen Länder haben bedeutende Verteidigungsprogramme, und um ihre wirtschaftliche Entwicklung fortsetzen zu können, ist es erforderlich, daß sie ihre Investitionen auf einem hohen Stand halten und die Ausfuhr steigern. Die Durchführung dieses Programms würde an sich schon die Ursache für eine latente inflationistische Entwicklung darstellen. Wollte man, um dieser möglichen Gefahr zu begegnen, Maßnahmen einführen, welche die Produktion und die Investierungen im allgemeinen einschränken würden, so würde man damit nur diejenigen Ziele aufgeben, denen höchste Priorität zukommt. Es ergibt sich also die Notwendigkeit, den Verbrauch und die unwichtigen Investitionen einzuschränken.

20. Bei der Bekämpfung der inflationistischen Entwicklung kommt es in den meisten Ländern darauf an, daß die finanz- und währungspolitischen Mittel schnell und nachdrücklich genug angewandt werden. Bei den heutigen Verhältnissen wird auf eine Preissteigerung meistens bald ein Ansteigen der Löhne folgen, so daß die daraus resultierende Gleichgewichtsstörung mit der Außenwelt in der Kosten- und Preisstruktur verankert liegt. Es ist also wichtig, daß man mit der Anwendung der finanz- und währungspolitischen Maßnahmen nicht zu ängstlich ist.

21. In einigen Ländern ist es jedoch äußerst schwierig, angemessene Stabilisierungsmaßnahmen durchzuführen, weil der finanz- und währungspolitische Apparat den heutigen Anforderungen nicht gewachsen ist. In diesen Ländern ist ein grundlegendes Finanzreform-Programm angezeigt, das sich sowohl auf die juristischen als auch auf die administrativen Seiten des Finanzsystems beziehen muß.

22. In vielen Fällen haben die Regierungen offensichtlich gezögert, die finanz- und währungspolitischen Maßnahmen mit allem erforderlichen Nachdruck anzuwenden, denn es sind grobe Werkzeuge, die mit dem Nebensächlichen auch leicht Wesentliches wegschneiden könnten. Aber die in einigen Ländern erzielten Ergebnisse beweisen, daß man durch sorgfältige Wahl der anzuwendenden Mittel und durch Koordinierung von finanziellen und wirtschaftlichen Maßnahmen diese Klippe umgehen kann.

23. Wenn in den vorhergehenden Abschnitten besonders auf die immer noch bestehende Verpflichtung hingewiesen wurde, jede übersteigerte Nachfrage einzudämmen, so soll damit nicht etwa gesagt sein, daß sich im Augenblick starke inflationistische Tendenzen bemerkbar machen. Die gegenwärtige Situation ist in den meisten Ländern nicht inflationistisch im Sinne eines merklichen Ansteigens der inländischen Preise. Tatsächlich ist sogar eine rückläufige Bewegung in der Produktion und dem Verbraucherbedarf zu verzeichnen. Gleichgewichtsstörungen in der allgemeinen Zahlungsbilanz und teilweise auch die Störungen in der Dollarbilanz sind daher viel eher darauf zurückzuführen, daß das inländische Niveau und die Struktur der Preise und Kosten den äußeren Marktverhältnissen nicht angepaßt sind. Abgesehen von restriktiven Praktiken auf privater Basis beeinträchtigen auch verschiedene von den Regierungen eingeführte direkte Kontrollmaßnahmen in vielen Fällen die notwendige Elastizität der Wirtschaft. Die Erfahrung hat gezeigt, daß die direkten Kontrollen eine Aufgabe zu erfüllen haben, wenn es sich darum handelt, die Erreichung von Prioritätszielen sicherzustellen. In einigen Ländern sind diese Kontrollen mit gutem Erfolg angewandt worden und haben zur raschen Durchführung des Wiederaufbaus und zur Wiederherstellung des Gleichgewichts in der Zahlungsbilanz beigetragen. Aber wenn die direkten Kontrollen mißbraucht werden, um Schwächen in der Finanz- oder Währungspolitik auszugleichen, dann können sie sich leicht einengend auf die Anpassungsfähigkeit der Wirtschaft auswirken und die Herstellung des äußeren Gleichgewichts sehr erschweren. Viele dieser direkten Kontrollsysteme können durch geeignete Umstellungen derart geändert werden, daß sie erheblich dazu beitragen würden, das Warenangebot und die Nachfrage so zu lenken, wie es für das internationale Gleichgewicht erforderlich ist.

24. Besondere Bedeutung kommt der Kontrolle der Wechselkurse zu, die sehr tiefgreifende Auswirkungen auf das relative Preis- und Kostenniveau haben. Es wird Sache der betreffenden Regierungen sein, unter Berücksichtigung ihrer internationalen Verpflichtungen festzustellen, ob im Rahmen der Reformen auch an eine Anpassung der Wechselkurse gedacht werden sollte, und zu entscheiden, auf welche Weise und zu welchem Zeitpunkt diese vollzogen werden soll. Aber durch die Anpassung der Wechselkurse allein wird die Forderung nach einer Eindämmung der übersteigerten Nachfrage nichts an Dringlichkeit verlieren. Im Gegenteil, die Erfahrung hat gezeigt, daß diese extremen Maßnahmen bald ihre heilsame Wirkung verlieren, wenn nicht zuvor die tieferen Ursachen der Gleichgewichtsstörungen beseitigt werden.

25. Eine besonders schwere Verantwortung fällt den großen handeltreibenden Ländern, wie Großbritannien und Frankreich, zu. Sie können sich kein großes Defizit leisten, ohne schwere Spannungen innerhalb der Europäischen Zahlungsunion hervorzurufen, und wenn sie restriktive Maßnahmen zur Einschränkung des Imports einführen, gefährden sie die Liberalisierung des Handels. Da sie ihre Devisenreserven, die auf einen abnorm niedrigen Stand gesunken sind, wieder aufbauen und gleichzeitig ihren Kapitalexport nach Ueberseegebieten und unterentwickelten Ländern fortsetzen müssen, ist es notwendig, daß sie in ihrer Gesamtbilanz einen Ueberschuß anstreben. Das muß im Rahmen einer expansionistischen Handelspolitik und im Zusammenhang mit der Wiedereinführung von Liberalisierungsmaßnahmen geschehen.

26. Andererseits ist es wichtig, daß kein Mitgliedstaat der OEEC den übrigen Mitgliedern ihre Aufgaben noch dadurch erschwert, daß er eine restriktive Finanzpolitik verfolgt, die eine volle Ausnützung der eigenen Hilfsquellen verhindern würde, wenn eine solche Politik nicht aus Gründen des Gleichgewichts in der Zahlungsbilanz unbedingt erforderlich ist. Länder, die in ihrer Gesamt-

bilanz einen Ueberschuß haben, müssen daher untersuchen, ob sie nicht über eine unausgenützte Spanne verfügen, die durch eine Auflockerung in der Weltpolitik zum Nutzen aller Beteiligten verwendet werden könnte.

27. Zu einer vollen Ausnutzung der finanziellen Stabilität kann es nur dann kommen, wenn es gelingt, sie zum Dauerzustand zu machen und die Uebel der Inflation sowohl als auch der Deflation zu vermeiden, da dann eine stetige Expansion, gesteigerter Sparwillen und eine günstige Entwicklung der Kapitalbildung gewährleistet sind.

Die Produktionsstruktur

28. Abgesehen von dem Mangel an finanzieller Stabilität und dem Mißverhältnis in der Preis- und Kostenrelation treten mit dem Dollarproblem, wenn man es vom westeuropäischen Standpunkt aus betrachtet, die grundlegenden Fehler in der Produktionsstruktur zutage. Diese Strukturfehler können nicht durch eine plötzliche und einschneidende Umstellung der Investitionsmittel behoben werden, die große Arbeitslosigkeit und eine Desorganisation der Wirtschaft zur Folge haben würde. Eine Lösung dieses Problems muß in erster Linie durch eine in ausgewählten Zweigen der Produktion durchgeführte Expansion gesucht werden. Die Expansionsbestrebungen müssen also auf die Produktion der Güter konzentriert werden, denen eine hohe Priorität für den inländischen Bedarf zukommt, sowie derjenigen, die für Westeuropa die Möglichkeit bedeuten würden, Dollareinnahmen zu erzielen oder Dollarausgaben zu vermeiden.

29. Auf den Gebieten der Kohlenförderung, der Produktion von Stahl, Kraftstrom und Nahrungsmitteln sind erst kürzlich im Rahmen der OEEC gründliche Studien und konkrete Empfehlungen über Bedarf und Produktionskapazität in Westeuropa ausgearbeitet worden. Hier sind bereits Erfolge zu verzeichnen, und auf einigen Gebieten sind die weiteren Aussichten sehr ermutigend. Man muß aber noch erneute gemeinsame Anstrengungen machen, insbesondere um die Zuwachsrate in der Kohlenförderung zu steigern und um das vorgesehene Programm für Elektrizitätserzeugung durchzuführen. Verschiedene Komitees der OEEC haben die Möglichkeiten einer weiteren Expansion der landwirtschaftlichen Erzeugung, besonders bei Getreide und Futtermitteln, und einer Expansion der Rohstoff-Produktion in Westeuropa und in den Ueberseegebieten untersucht. Diese Möglichkeiten müßten jetzt durch energische Maßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene ausgenutzt werden.

30. Den Prognosen zufolge, die von den Mitgliedstaaten aufgestellt wurden, wird die wirtschaftliche Aktivität sich in den nächsten zwei Jahren nicht in dem Maße steigern, wie es in dem mit der Erklärung vom 29. August 1951 verkündeten Expansionsprogramm vorgesehen war. Aber erneute Anstrengungen auf den oben erwähnten Gebieten würden der Gesamtproduktion einen starken Aufschwung geben und würden Europa in die Lage versetzen, seinen vollen Beitrag zur Lösung des Dollarproblems zu leisten und gleichzeitig seinen wesentlichen Bedarf zu decken.

Verteilung der Investitionsmittel und die Notwendigkeit größerer Elastizität

31. Eine solche Expansion der Produktion setzt ein anhaltend hohes Niveau der wichtigen Investitionen in allen Ländern, eine Erhöhung des Investitionsniveaus in einigen Ländern sowie die Einführung energischer Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität voraus. In den Volkswirtschaften, welche die Vollbeschäftigung erreicht oder annähernd erreicht haben, sind diese Maßnahmen noch dadurch zu ergänzen, daß Investitionsmittel den Industrien zugeleitet werden, die weiterentwickelt werden sollen.

32. Es wurde bereits hervorgehoben, welche Bedeutung einer dauerhaften finanziellen Stabilität zukommt, wenn man ein hohes Investitionsniveau erreichen will. Dazu müßten noch weitere Maßnahmen kommen, um die Spareinlagen auf einen besseren Stand zu bringen und ein günstiges Klima für internationale Kapitalbewegungen sowohl innerhalb Europas als auch aus der Dollarzone zu schaffen und das Handelsrisiko auf ein Mindestmaß herabzusetzen. Vielleicht wird es auch notwendig sein, gewisse institutionelle Umstellungen vorzunehmen, um die Finanzierung von Investitionen zu erleichtern und die Kapitalmärkte zu verbessern.

33. Wenn geeignete Umstellungsmaßnahmen durchgeführt werden und dafür gesorgt wird, daß die Elastizität der Preise erhalten bleibt, wird das ebenfalls dazu beitragen, die zur Verfügung stehenden Mittel in die richtigen Sektoren zu leiten, und einen Anreiz zur Leistungssteigerung geben. In vielen Fällen bieten solche Umstellungsmaßnahmen zwar wirkliche Schwierigkeiten im Hinblick auf ihre möglichen Auswirkungen für die niedrigen Einkommensklassen. Aber dieser Nachteil kann oft wiedergutgemacht werden durch Entschädigungsmaßnahmen wie Steuererleichterungen und Familienzulagen für die Einkommensklassen, deren Lebensstandard geschützt werden muß. Es ist zum Beispiel klar, daß es, solange die Preise für Kohlen und Elektrizität auf einem niedrigen Stand gehalten werden, für die Produzenten schwierig ist, die Investitionsmittel aufzubringen, die zur Ausweitung der Produktion erforderlich sind. Das Beispiel der strengen Mietpreiskontrollen in einigen Ländern zeigt, wie durch strenge Kontrollen oft ein Rückgang des Angebots und eine Fehlleitung des Bedarfs entstehen kann. Obgleich nachteilige soziale Auswirkungen auf diesem Gebiet sorgfältig vermieden werden müssen, wäre es eine nützliche Reform, wenn durch eine Umgestaltung der Mietpreis-Struktur Verhältnisse geschaffen würden, die einen wirklichen Anreiz lieferten, besonders soweit es sich um Wohnungseinheiten handelt, die nicht von den niedrigen Einkommensklassen bewohnt werden.

34. Diese Wahrung der sozialen Gerechtigkeit muß ein Grundsatz sein, der für alle Maßnahmen zur Wiederherstellung einer gesunden und ausgeglichenen Wirtschaft maßgebend ist. Insbesondere dürfen geldpolitische und andere Maßnahmen, die der Einschränkung des Gesamtverbrauchs gelten, nicht so beschaffen sein, daß sie in den unteren Einkommensklassen Mangel und soziale Not hervorrufen.

Die Produktivität

35. Wenn auf dem Sektor der Investierungen ein hohes Niveau erreicht und gehalten werden kann, so wird das einen starken Anreiz zur Leistungssteigerung bedeuten. Es wäre aber verkehrt, zu glauben, daß hohe neue Investierungen immer eine Vorbedingung dafür wären. Die Leistungsfähigkeit kann oft durch die Aufhebung restriktiver Praktiken und durch die Anwendung moderner Produk-

tionsmethoden erheblich gesteigert werden, ob sich nun an der vorhandenen Ausrüstung etwas geändert hat oder nicht. Die Mitgliedstaaten sind bereits einzeln und gemeinsam in dieser Richtung tätig, wobei sie von den Vereinigten Staaten gemäß dem Moody-Zusatz zum Gesetz für die gemeinsame Sicherheit von 1952 unterstützt werden. Diese Tätigkeit muß noch auf ein weites Gebiet der Forschung, der technischen Ausbildung und der Popularisierung ausgedehnt werden.

36. In zahlreichen, von den technischen Hilfskommissionen verfaßten Berichten sind für eine ganze Reihe von Industrien die anzuwendenden Methoden bereits beschrieben worden. Die Hauptmethoden, die für eine allgemeine Anwendung in Frage kommen, sind die Entwicklung der wissenschaftlichen und technischen Forschung (die wegen der damit verbundenen hohen Kosten häufig Gemeinschaftsaktionen erforderlich machen werden); die Schaffung von Musterbetrieben (pilot plants) und die Bildung von Spezialistenteams für Produktivitätsfragen; die Verbreitung von Informationen über erprobte Verfahren; die Standardisierung von Erzeugnissen usw. Eine wesentliche Vorbedingung für den Erfolg ist die Förderung des Leistungswillens. Daher ist es nicht nur wichtig, daß die Techniker eine ausreichende Ausbildung erhalten, sondern daß die Vorteile der gesteigerten Produktivität allen Bevölkerungsgruppen klar vor Augen geführt werden, besonders denjenigen, die wie etwa die Gewerkschaften in der Lage sind, die Einstellung der Arbeiter zu der Einführung neuer und leistungssteigernder Verfahren zu beeinflussen.

Anreize für die Sozialpartner

37. Es ist klar, daß gute Fortschritte in bezug auf die Produktivität sowohl als auch auf die in der Produktionsstruktur erforderlichen Veränderungen nur dann erzielt werden können, wenn ein hinreichender Anreiz in Form eines finanziellen Vorteils gegeben ist. Daß günstige Preisrelationen einen wirksamen Anreiz darstellen, ist bereits erwähnt worden. Außerdem müssen aber auch diejenigen Anreize angeführt werden, die sich direkt auf den Verdienst der Arbeitnehmer oder der Unternehmen beziehen, unter anderem auch Lohn- oder Steuervorteile. Ein Beispiel für die Wirksamkeit geeigneter steuerlicher Anreize sind die Erfolge, die man in den vergangenen zwei Jahren in den Vereinigten Staaten und Kanada bei der Lenkung von Investitionen nach Prioritätssektoren dadurch errungen hat, daß man in ausgewählten Fällen eine schnelle Amortisierung neuer Investitionen ermöglichte.

Liberalisierung des Handels und Schaffung eines gemeinsamen Marktes

38. Der stärkste Anreiz zur Leistungssteigerung in der Produktion muß schließlich von der Wirkung der Konkurrenzkräfte und von den Möglichkeiten ausgehen, die ein größerer Markt der Produktion bietet. Zu diesem Zweck müssen die europäischen Länder erneute Anstrengungen machen, um einen gemeinsamen Markt zu entwickeln. Dadurch würde der allmähliche Umstellungsvorgang beschleunigt werden, den die europäische Produktion durchmachen muß, wenn man zu einer besseren Ausnutzung der Hilfsquellen und Möglichkeiten kommen will. Dazu gehört nicht nur die Einführung einer gemeinsamen Politik des weiteren Abbaues der quantitativen Restriktionen im innereuropäischen Handel, sondern auch ein Angriff auf die Zollschranken. Mit dem Schuman-Plan haben sich sechs europäische Länder zur Schaffung eines gemeinsamen Marktes für die Kohle- und Stahlindustrien durch den progressiven Abbau von Restriktionen im Handel, wie beispielsweise Quoten, Zölle und andere diskrimininatorische Praktiken, bereit erklärt. Diese Art des Vorgehens könnte auch auf anderen Gebieten Anwendung finden. Auf jeden Fall ist klar, daß die Mitgliedstaaten in dem gegebenen Rahmen der OEEC ebenfalls durch entschlossene Bekämpfung aller restriktiven Maßnahmen weitere Fortschritte zur Liberalisierung des Handels und zu einem gemeinsamen Markt machen könnten. Erneute Bemühungen um die Liberalisierung des innereuropäischen Handels und die Aufstellung einer gemeinsamen Warenliste sind um so notwendiger, als auf diesem Gebiet kürzlich Rückschläge zu verzeichnen waren. Wichtig ist auch, daß in der Handelspolitik der Mitgliedstaaten ein höherer Grad von Stabilität erreicht wird, damit abrupte Aenderungen in den Handelsbeziehungen vermieden werden. Die beiden Methoden, die zu einem größeren und freieren Markt in Europa führen, sollten so angewandt werden, daß sie einander ergänzen und nicht die übergeordnete Zielsetzung gefährden. Eine enge Zusammenarbeit der europäischen Wirtschaftsorganisationen untereinander ist daher unerläßlich.

Fortsetzung der Bemühungen zur Steigerung der Ausfuhr

39. Eine Verstärkung der Bemühungen, die Ausfuhr nach der übrigen Welt zu steigern, bildet den dritten Punkt des Programms, welches die europäischen Staaten durchführen müssen, um eine dauerhafte Lösung des Dollarproblems zu gewährleisten. Wenn die Notwendigkeit der Ausfuhrsteigerung hier so stark hervorgehoben wird, soll damit nicht der ungeheure Fortschritt verkannt werden, den die europäischen Länder bereits gemacht haben, in dem Bemühen, im Rahmen ihrer Mittel zu leben. Aber diese Fortschritte müssen noch weiter verfolgt werden.

40. Die wichtigsten Maßnahmen, die zur Steigerung des Ausfuhrpotentials eingeführt werden müßten, sind bereits im Zusammenhang mit den Problemen der finanziellen Stabilität und der Expansion der Produktion untersucht worden. Bei Durchführung dieser Maßnahmen würde sich die Lage so entwickeln, daß die europäischen Erzeugnisse auf ausländischen Märkten konkurrenzfähiger wären, daß keine übersteigerte Nachfrage auf dem Inlandsmarkt die Bemühungen beeinträchtigt, einen Teil der Erzeugung dem Exportmarkt zuzuleiten, und daß durch eine Expansion in bestimmten Zweigen der Produktion diejenigen Industrien gefördert würden, für deren Erzeugnisse im Ausland eine besondere Nachfrage besteht. Es ist jedoch klar, daß noch mehr getan werden muß, um das Exportgeschäft auf einen höheren Stand zu bringen. Dazu gehört, daß man vollen Gebrauch der verkaufstechnischen Möglichkeiten macht, Auslandsvertretungen errichtet und Vorkehrungen für den Kundendienst trifft. Die Verantwortung hierfür liegt in erster Linie bei der Geschäftswelt, aber die Regierungen müssen diese Bemühungen unterstützen und in einigen Fällen die erforderlichen Voraussetzungen schaffen.

Die Wirtschaftspolitik der angeschlossenen Währungsgebiete

41. Der Erfolg des Programms, das hier für die Länder Westeuropas entworfen wurde, kann auch von den wirtschaftspolitischen Maßnahmen beeinflußt werden, die von ihren Ueberseegebieten und den angeschlossenen Währungsgebieten eingeschlagen werden. Besonders die im Sterling-Gebiet befolgte Politik wird sich auf die Fähigkeit der europäischen Länder auswirken, ihre Aufgaben zu erfüllen, denn das Sterling-Gebiet bildet die größte einheitliche Währungszone der Welt und steht in enger Verbindung zur Europäischen Zahlungsunion. Eine rasche wirtschaftliche Entwicklung im Sterling-Gebiet wird sehr viel zur Verbesserung der Versorgungslage für Nahrungsmittel und Rohstoffe beitragen, die nicht mit Dollar bezahlt zu werden brauchen. Außerdem würde eine solche Entwicklung die Ausdehnung des Marktes für den europäischen Export bedeuten. Für die Verwirklichung dieser Möglichkeiten ist jedoch eine Politik erforderlich, welche die gegenseitigen Handelsbeziehungen auf einen hohen Stand bringt.

Zusammenfassung

42. Das sind also die Faktoren, die für einen westeuropäischen Aktionsplan herangezogen werden müßten, wenn er einen wesentlichen Beitrag zur Schließung der Dollarlücke darstellen soll, ohne daß dabei andere übergeordnete Ziele der Regierungen aufgeopfert werden müßten: die Herstellung der inneren finanziellen Stabilität und einer angemessenen Preis- und Kostenrelation mit der Außenwelt, eine Expansion der Produktion mit besonderer Berücksichtigung der Zweige, die eine hohe Priorität für den Inlandsbedarf oder für die Anforderungen des Exports besitzen, und eine Intensivierung der Bemühungen zur Steigerung des Exports. Für die europäischen Regierungen bedeutet die Einführung all dieser Maßnahmen, die zur Verwirklichung dieses Programms notwendig sind, eine schwierige Aufgabe, zu deren Lösung sie die aktive Unterstützung ihrer Bevölkerung benötigen werden. Diese kann aber sicherlich im Rahmen eines gemeinsamen Programms gewonnen werden, wenn die Erkenntnis sich durchsetzt, daß hier für Europa der einzige Weg liegt, auf dem es seine Zukunft aus eigener Kraft aufbauen kann.

C. Die Rolle der Vereinigten Staaten

43. Es wurde bereits hervorgehoben, daß neue Anregungen zur Lösung des Dollarproblems in erster Linie von europäischer Seite kommen müssen. Es ist jedoch offensichtlich, daß die aktive Unterstützung und Mitarbeit der Vereinigten Staaten erforderlich ist, wenn diese Bemühungen erfolgreich sein sollen, ohne andere, übergeordnete Ziele, denen auf beiden Seiten des Atlantik die höchste Priorität zugesprochen wurde, zu gefährden. Die Wirtschaft der Vereinigten Staaten übt schon allein durch ihre Dimensionen und durch ihren anhaltend hohen Exportüberschuß einen beherrschenden Einfluß auf alle anderen Länder der Welt aus. Wenn also Verhältnisse hergestellt werden sollen, die es der übrigen Welt ermöglichen, ihren Dollarbedarf auf dem Wege des normalen Handels- und Geschäftsverkehrs zu erwerben, so ist die Mitwirkung der Vereinigten Staaten dabei unerläßlich. Ein Aktionsplan, der dieses Ergebnis herbeiführen soll, muß folgende wesentliche Punkte enthalten:

i) Die Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität;

ii) eine liberalere und stabilere Einfuhrpolitik; und

iii) eine Erhöhung der Auslandsinvestitionen der Vereinigten Staaten.

Die Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität

44. Die Erhaltung der wirtschaftlichen Stabilität ist ein Grundsatz, dem in der Gesetzgebung und den Verwaltungsvorschriften der Vereinigten Staaten bereits Rechnung getragen ist. Man kann die lebenswichtige Bedeutung dieses Grundsatzes kaum überschätzen, wenn man die Beziehungen zwischen Europa und dem Dollargebiet in größerem Zusammenhang betrachtet. Die wirtschaftliche Macht der Vereinigten Staaten ist so groß, daß es unvermeidlich ist, daß sie einen bedeutenden Einfluß auf die Tendenzen des Weltbedarfs und auf die wirtschaftliche Stabilität der Länder ausübt, mit denen die Vereinigten Staaten handelspolitische und finanzielle Beziehungen von Bedeutung unterhalten.

45. Dieser Einfluß auf die Volkswirtschaften anderer Länder macht sich hauptsächlich über den Dollarabfluß geltend, der durch die Auslandszahlungen und Investierungen der Vereinigten Staaten entsteht, sowie dadurch, daß man mit Veränderungen dieses Zustandes rechnen muß. Darum kann eine rückläufige Bewegung in der Wirtschaft der Vereinigten Staaten mit dem daraus resultierenden unvermittelt starken Rückgang der Auslandskäufe, wie er im Jahre 1949 eintrat, in Westeuropa und den angeschlossenen Währungsgebieten schwerwiegende Folgen haben. Ebenso kann eine inflationistische Entwicklung in den Vereinigten Staaten, wenn sie gleichzeitig mit einer plötzlichen Aenderung im Tempo der Rohstoffeinkäufe eintritt, weitreichende Auswirkungen haben, wie es im Jahre 1950/51 der Fall war.

46. Es ist natürlich Sache der übrigen Welt, die Widerstandskräfte zu entwickeln, die sie gegen die geringfügigen Schwankungen immun machen, die in einer dynamischen Wirtschaft, wie die der Vereinigten Staaten, leicht auftreten können. Aber ebenso ist es auch wichtig, daß die Vereinigten Staaten ihrerseits die schweren und langanhaltenden Schwankungen vermeiden, denen die übrige Welt nicht gewachsen ist. Wenn die Vereinigten Staaten ihre Bereitschaft bekunden, ihre Stabilisierungspolitik durchzuführen, sobald die hohen Anforderungen des Verteidigungsprogramms nachgelassen haben, wird das nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern in allen Ländern dazu beitragen, das Vertrauen der Wirtschaft zu stärken.

Stabilisierung der Weltpreise für Rohstoffe

47. Ein Punkt, der im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Stabilität besondere Beachtung verdient, ist die Stabilisierung der Weltpreise für Rohstoffe und des durch Rohstoffeinkäufe bedingten Dollarflusses. Die

ungünstigen Auswirkungen stärkerer Schwankungen bei diesen Preisen sind in den letzten Jahren besonders deutlich zutage getreten, und es ist klar, daß es einen wirklichen Beitrag zur Herstellung des Gleichgewichts in der Zahlungsbilanz bedeuten würde, wenn hier ein größeres Maß von Stabilisierung erreicht würde. Das ist eine Angelegenheit, die nicht von den Vereinigten Staaten allein in die Hand genommen werden kann, aber als Hauptkäufer von Rohstoffen müßten die Vereinigten Staaten hier mit anderen Ländern zusammenarbeiten.

48. Die Notwendigkeit, allzu starke Schwankungen zu vermeiden, ist zwar allgemein einleuchtend, aber es gibt keine einfache Lösung, die gleicherweise auf alle Warenarten anwendbar wäre. Jede Warenart muß als Sonderfall behandelt werden unter Berücksichtigung ihrer besonderen Eigenarten und der Interessen der als Käufer und Verkäufer beteiligten Staaten. Es müssen Vereinbarungen getroffen werden, die zum beiderseitigen Vorteil des Verbrauchers und des Erzeugers gereichen. Eine Methode, die bei der Behandlung dieses schwierigen Problems angewendet werden könnte, wäre die der „Commodity Agreements", und man sollte ihre Anwendbarkeit auf die wichtigsten Rohstoffe im internationalen Handel genau prüfen. Inzwischen würden sich vielleicht Abmachungen inoffizieller Art als praktisch erweisen, durch die eine Stabilisierung der Einkäufe aus den Rohstofferzeugerländern und damit eine Stabilisierung ihrer Dollareinkommen gefördert würde.

Liberale Handelspolitik

49. Ein gewisses Maß an wirtschaftlicher Stabilität in den Vereinigten Staaten ist unerläßlich für eine gesunde Weltwirtschaft. Aber außerdem ist es sehr wesentlich, daß die Vereinigten Staaten Schritte unternehmen, um anderen Ländern größere Gelegenheit zu bieten, sich eine ausreichende Dollarzufuhr durch Handels- und Leihverkehr zu sichern. In weiten Kreisen der Vereinig·en Staaten wird es anerkannt, daß eine größere Bereitschaft zur Erhöhung des Einfuhrvolumens für Waren- und Dienstleistungen erforderlich ist, wenn die Vereinigten Staaten weiterhin ein bedeutendes Ausfuhrland für landwirtschaftliche und industrielle Erzeugnisse bleiben wollen. Eine wesentliche Vorbedingung für eine grundlegende Lösung des Dollarproblems ist die, daß an Stelle der Hilfsmaßnahmen der Handelsverkehr tritt.

50. Im Rahmen des „Reciprocal Trade Agreement Act" von 1933 haben die Vereinigten Staaten ihre Zollsätze für Einfuhren von Fertig- und Halbfertigfabrikaten, die in den ersten dreißiger Jahren auf eine noch nie erreichte Höhe gestiegen waren, bereits beträchtlich herabgesetzt. Aber in vielen Fällen gelten immer noch Zollsätze, die praktisch einer Unterbindung der Einfuhr gleichkommen, und auf jeden Fall sind die Zölle übersteigert, wenn man die chronische Gläubigerstellung der Vereinigten Staaten und ihre mächtige Industrie in Betracht zieht, die glänzend gerüstet ist, jeden Konkurrenzkampf aufzunehmen. Selbst wenn die Vereinigten Staaten sich zu einer sehr liberalen Zollpolitik entschließen sollten, würden die Einfuhren von Fertigfabrikaten immer noch einen ganz geringen Prozentsatz im Verhältnis zur inländischen Produktion ausmachen. Aber eine zusätzliche Einfuhr, die mengenmäßig auf dem amerikanischen Markt eine ganz unbedeutende Rolle spielen würde, könnte doch einen wesentlichen Beitrag zur Schließung der Dollarlücke leisten.

51. Ein weiteres Hemmnis für die Einfuhr nach den Vereinigten Staaten liegt in der komplizierten und oft unberechenbaren Handhabung der Zollpolitik durch gesetzliche Vorschriften, wie beispielsweise dem „Buy American Act", und durch eine ablehnende Haltung gegenüber dem Import, wie sie in dem kürzlich von der „Materials Policy Commission" verfaßten Bericht mit den Worten „Folgeerscheinungen einer Krisenpsychose" bezeichnet wurde. Der Abbau dieser Schranken ist ein Punkt, der auch in jedes Liberalisierungsprogramm aufgenommen werden sollte. Auch auf anderen Gebieten, besonders in der Schiffahrt und der Landwirtschaft, könnten die Vereinigten Staaten ihre inländische Zielsetzung durch Methoden erreichen, die weniger stark in Widerspruch zu ihrer Stellung und Zielsetzung auf internationaler Ebene stehen. Schließlich ist noch wichtig, daß die Vereinigten Staaten eine anhaltend stabile Handelspolitik verfolgen, wenn die ausländischen Exporteure sich der Mühe unterziehen und das Risiko eingehen sollen, das ein Vordringen auf den amerikanischen Markt für sie bedeutet.

Ausländische Investitionen

52. Ein weiteres wichtiges Mittel, das die Vereinigten Staaten anwenden könnten, um den Dollarabfluß nach der übrigen Welt zu steigern und damit die Finanzierung eines anhaltend hohen Exportvolumens aus den Vereinigten Staaten zu sichern, wäre eine Steigerung der Auslandsdarlehen für alle Unternehmungen, die Gelegenheit zu nützlichen und lohnenden Investierungen bieten. In den meisten europäischen Ländern gibt es gute Möglichkeiten in dieser Richtung. Ein besonders ergiebiges Feld für zunehmende Auslandsinvestierungen bietet sich jedoch in den unterentwickelten Gebieten, einschließlich der in Europa gelegenen, die nicht nur einen Bedarf für ausländisches Kapital aufweisen, sondern auch Gelegenheit zu lohnenden Investierungen bieten. In dem Bericht der „Materials Policy Commission" wurde kürzlich hervorgehoben, daß die Expansion der Investierungen in den unterentwickelten Gebieten unbedingt notwendig ist für eine stetige Entwicklung der Produktion der Rohstoffe, die von den Vereinigten Staaten selbst benötigt werden. Selbst wenn man von der Auswirkung solcher Investierungen auf das Dollarproblem absieht, so gibt es noch gewichtige Erwägungen sozialer und politischer Art, wie sie im Vier-Punkt-Programm hervorgehoben werden, die für eine Förderung des Fortschritts in den unterentwickelten Gebieten sprechen und die dringende Forderung nach Kapitalinvestierungen unterstreichen.

53. Bei der Unsicherheit der gegenwärtigen Lage und der Struktur des Kapitalbedarfs in den unterentwickelten Gebieten ist es klar, daß die private Initiative diese Aufgabe nicht allein lösen kann und vom Staat unterstützt werden muß. Für viele der Erschließungsprojekte wird nun eine Finanzierung aus öffentlichen Mitteln möglich sein.

54. Die Beteiligung von offiziellen Institutionen wie die „Export-Importbank" und die „Weltbank für Wiederaufbau und Entwicklung" ist bereits als Ergänzung zu den privaten Investierungen getreten, die natürlich allein nicht ausreichen. Für diese Art Hilfe bietet sich ein weites Betätigungsfeld. Es ist richtig, daß die private Investitions-

tätigkeit bereits eine bedeutende Rolle spielt, die noch weiter entwickelt werden könnte, wenn ein günstiges Klima für Investierungen geschaffen würde und wenn die Empfängerländer oder die Vereinigten Staaten selbst Garantien gewähren würden, die sich auf politische und sonstige, das normale Maß übersteigende Risiken erstrecken. Diese Risiken können nicht ausgeschaltet werden. Private Investierungen haben überdies einen natürlichen Hang, sich auf die Projekte zu konzentrieren, die den größten Gewinn versprechen, während die unterentwickelten Gebiete erhebliche Investierungen im Transportwesen und den öffentlichen Versorgungsbetrieben benötigen, die nicht unmittelbar Gewinn abwerfen. Schließlich haben die Privatinvestierungen die Tendenz, sich in Zeiten einer wirtschaftlichen Depression rückläufig zu entwickeln, also gerade in den Zeiten, in denen die Investierungen in ihrer Gesamtheit eine stabilisierende Wirkung ausüben sollten. Wenn auch jede automatische Regelung, die nicht den wirtschaftlichen Realitäten entspricht, abgelehnt werden muß, so können doch schon im voraus Pläne aufgestellt werden, die dann zur Durchführung kommen könnten, wenn die notwendigen Mittel durch eine rückläufige Entwicklung auf anderen Sektoren freigeworden sind.

55. Die Expansion der Investierungen in den unterentwickelten Gebieten macht eine Zusammenarbeit zwischen den in erster Linie in Frage kommenden unterentwickelten Gebieten, Westeuropa und Nordamerika notwendig. Es erübrigt sich, die Rolle hervorzuheben, die gewissen europäischen Ländern auf Grund ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den überseeischen Gebieten und den ihnen politisch und währungspolitisch angeschlossenen Ländern zufällt. Aber die Hauptquelle für zusätzliche Investierungen müssen zwangsläufig die Vereinigten Staaten darstellen. Dadurch würde kein hoher Prozentsatz der in den Vereinigten Staaten zur Verfügung stehenden Mittel in Anspruch genommen werden. Das aus den Vereinigten Staaten benötigte Kapital würde sicherlich nur einen geringen Prozentsatz des Nationaleinkommens der Vereinigten Staaten ausmachen und auch im Verhältnis zu der Höhe der Neuinvestierungen in den Vereinigten Staaten selbst unbedeutend sein.

56. Eine solche Entwicklung der amerikanischen Investierungen würde einen bedeutenden Beitrag zur Herstellung des Zahlungsgleichgewichts in der ganzen Welt darstellen, wobei natürlich Voraussetzung ist,

i) daß sie nicht in Form von zweckgebundenen Anleihen gewährt werden, die, sei es nun nach den gesetzlichen Bestimmungen oder in der Praxis, bedingen, daß sie für den Einkauf von Waren aus den Vereinigten Staaten verwendet werden, und

ii) daß die europäische Industrie so konkurrenzfähig ist, daß es für die amerikanisches Kapital empfangenden Länder vorteilhaft ist, einen großen Teil ihrer Aufträge für Industrieausrüstungen in Europa zu vergeben. Mit der Erfüllung dieser Bedingungen wäre die Wiederherstellung eines dreiseitigen Handelsverkehrs zwischen den Vereinigten Staaten, den unterentwickelten Gebieten und Westeuropa gewährleistet.

D. Größere Freiheit in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen

Handels- und Zahlungsverkehr

57. Die wirtschaftliche Wiedergesundung und der Wiederaufbau der Nachkriegszeit haben rasche Fortschritte gemacht und sind fast beendet. Es fehlt aber noch ein allgemeines System der Konvertibilität und Nichtdiskriminierung im Handels- und Zahlungsverkehr, ohne das die übergeordneten Ziele der OEEC nicht wirklich erreicht werden können. Alle Regierungen haben dieses Ziel als erstrebenswert anerkannt und hoffen, daß die Bedingungen hergestellt und die Abkommen getroffen werden können, in deren Rahmen es erreicht werden könnte. Obgleich bereits Besprechungen zu diesem Zweck abgehalten werden, ist es nicht möglich, genaue Angaben darüber zu machen, wann und unter welchen Bedingungen dieser Schritt durchgeführt werden kann. Wenn die in diesem Bericht aufgezeigten Ziele erreicht würden, so würden dadurch Verhältnisse geschaffen, die eine feste Grundlage für die Konvertibilität schaffen und ihren Fortbestand sichern würden. Außerdem würde damit eine progressive Durchführung des nicht-diskriminatorischen und zunehmend liberalen Handels- und Zahlungsverkehrs ermöglicht, was die wirtschaftliche Einheit Westeuropas stärken und ihr neue Lebenskraft zuführen würde.

58. Eine Wiederbelebung der langfristigen internationalen Kapitalbewegungen, nicht nur durch den Kapitalexport der Vereinigten Staaten, sondern auch in Form innereuropäischer Ueberweisungen, würde eine Erleichterung der angespannten Lage auf dem Gebiet der internationalen Zahlungen hervorrufen und damit zu der Schaffung und Erhaltung eines allgemeinen Systems der Währungskonvertibilität und Nichtdiskriminierung im Handels- und Zahlungsverkehr beitragen.

59. Solange das Dollardefizit Westeuropas besteht und die Gold- und Dollarreserven der meisten westeuropäischen Länder im Verhältnis zu dem Volumen ihres internationalen Handels auf einem niedrigen Stand bleiben, wird es notwendig sein, internationale Zahlungsmechanismen beizubehalten, die es den beteiligten Staaten ermöglichen, Gold- und Dollareinsparungen zu erzielen und zeitlich begrenzte Kredite für kurzfristigen legitimen Bedarf zu bekommen und gleichzeitig ihr Handelsvolumen auszuweiten. Zu diesem Zweck muß besonderer Wert darauf gelegt werden, daß die Leistungen der bestehenden Institutionen wie beispielsweise der Europäischen Zahlungsunion und des Internationalen Währungsfonds und anderer Abkommen, wie zum Beispiel des OEEC-Liberalisierungs-Kodex und des GATT, noch verbessert werden.

Auswanderung

60. Um die wirtschaftlichen und politischen Bindungen der westlichen Welt zu stärken, wird es auch wichtig sein, daß eine größere Bewegungsfreiheit im Personenverkehr über die nationalen Grenzen gewährt wird. Es ist dringend erforderlich, die Unausgeglichenheit des Arbeitsmarktes zu beseitigen, bei der Vollbeschäftigung und Mangel an Arbeitskräften in einigen Ländern neben der starken

Arbeitslosigkeit in anderen steht. Bei der Bekämpfung der starken Arbeitslosigkeit muß zunächst der Versuch gemacht werden, den Beschäftigungsstand im Lande zu heben. Aber in den Ländern, in denen auf diesem Wege keine vollständige Lösung des Problems herbeigeführt werden kann, muß eine Abwanderung von Arbeitskräften nach anderen Ländern in Erwägung gezogen werden. Die Mitgliedstaaten der OEEC haben sich verpflichtet, die größtmögliche Bewegungsfreiheit untereinander herbeizuführen. Alle haben sich mit diesem Ziel einverstanden erklärt.

61. Auch die Auswanderung nach Uebersee muß verstärkt werden. Im Augenblick liegen allerdings Anzeichen für ein Absinken der Auswanderung nach Uebersee vor. Aus diesem Grunde ist es besonders beachtenswert, daß die Vereinigten Staaten diesem Problem in zunehmendem Maße ihre Aufmerksamkeit widmen. Man hofft auch, daß die Empfehlungen der vom Präsidenten ernannten Kommission „den nächsten Kongreß in die Lage versetzen werden, das Thema bald und verständnisvoll zu beraten", wie des Präsidenten eigene Worte lauten. Eine steigende Auswanderung aus den überbevölkerten Ländern Europas nach den Vereinigten Staaten wäre vom sozialen und politischen Gesichtspunkt aus eine ungeheure Entlastung. Kanada hat seit dem Kriege ein positives und elastisches System entwickelt, wonach, je nach den Erfordernissen des Augenblicks, die Anzahl von Einwanderern bestimmter Kategorien zugelassen wird, die das Land ohne Schwierigkeiten absorbieren kann. In jedem Jahr ist eine große Anzahl von Einwanderern, darunter viele Flüchtlinge, ausgesucht worden, die jetzt in befriedigenden Verhältnissen in Kanada ansässig sind. Die Anpassungsfähigkeit des kanadischen Systems und die rasche Entwicklung der kanadischen Wirtschaft sollten hinreichend Garantie dafür sein, daß die in diesem Jahr erfolgte Herabsetzung der Einwanderungsziffern vorübergehender Natur ist. Jede wesentliche Steigerung der Auswanderung in die übrige Welt hat zur Vorbedingung, daß die potentiellen Beschäftigungsmöglichkeiten durch gesteigerte Investierungen in tatsächliche Arbeitsplätze umgewandelt werden.

E. Die Notwendigkeit der Zusammenarbeit

62. Aus der Betrachtung der Probleme, vor welche die westliche Welt gegenwärtig gestellt ist, tritt vor allen Dingen die Notwendigkeit der Zusammenarbeit deutlich zutage. Die Probleme lassen sich nicht ausschließlich durch unkoordiniertes Vorgehen seitens einzelner Staaten lösen. Eine der unerläßlichen Vorbedingungen für den Erfolg ist es also, daß gemeinsame Anstrengungen und ein gemeinsamer Aktionsplan unternommen werden. Die europäischen Länder sind entschlossen, ihre Zusammenarbeit so zu entwickeln und zu stärken, daß sie der Lösung ihrer gemeinsamen Probleme nach und nach näherkommen. In diesem Sinne müßten auch die europäischen Wirtschaftsorganisationen zusammenarbeiten, denen gegenüber gewisse Länder besondere Verpflichtungen eingegangen sind und die das gleiche Ziel, die Schaffung eines gemeinsamen Marktes, verfolgen. Es ist jedoch klar, daß die Lösung einiger dieser Probleme die Einbeziehung eines weiteren Gebietes in die gemeinsame Aktion erforderlich macht; dazu gehören insbesondere die Vereinigten Staaten und Kanada. Die gesunde Entwicklung der Wirtschaft in der westlichen Welt setzt voraus, daß die verschiedenen Regierungen schwierige Maßnahmen ergreifen, durch die zum Teil auch Sonderinteressen berührt werden. Nur wenn diese Maßnahmen im Rahmen eines gemeinsamen internationalen Vorgehens getroffen werden, können die Regierungen sie mit dem erforderlichen Nachdruck durchsetzen und die Ueberzeugung aufbringen, daß sie zur erfolgreichen und dauernden Lösung der Probleme führen werden.

Quelle: „Europe — the way ahead". Fourth Annual Report of the OEEC. Paris: Dezember 1952. 358 S. Uebersetzung: Erika *Feldmann*.

*) Teil II behandelt aktuelle Wirtschaftsprobleme und enthält die Empfehlungen der OEEC zu ihrer Ueberwindung, in Teil III sind die Lageberichte der einzelnen Mitgliedstaaten veröffentlicht.

Eine vollständige Uebersetzung des Berichts wird demnächst vom Bundesministerium für den Marshall-Plan herausgegeben werden.

Kurzberichte und Zeittafel

Zum Stand der Europäischen Verfassung

Die Entschließungen des Verfassungsausschusses zum Statut der Europäischen Politischen Gemeinschaft (vgl. Europa-Archiv 2/1953, Seite 5455) sind vom 7. bis 10. Januar in Straßburg von der ad hoc-Versammlung in erster Lesung beraten worden. Im allgemeinen hat die Versammlung die Entschließungen des Ausschusses bestätigt.

Die Diskussion und die gefaßten Beschlüsse für die weitere Bearbeitung im Verfassungsausschuß haben aber nicht nur eine Reihe wesentlicher Gesichtspunkte, sondern, insbesondere für die Frage der Zuständigkeiten und den Aufbau der Organe, auch einige Aenderungsvorschläge gebracht, die dem Ausschuß zum ersten Male spezielle Richtlinien der Versammlung selbst zu grundsätzlichen Fragen an die Hand geben.

Danach bietet sich — in Abweichung von den Entschließungen des Ausschusses — für Zuständigkeiten und Aufbau der Gemeinschaft folgendes Bild:

1. *Zuständigkeitsbereiche*

Ueber die vom Ausschuß vorgeschlagenen Zuständigkeiten auf wirtschaftlichem Gebiet hinaus wurden von niederländischen und belgischen Abgeordneten Erweiterungen gefordert, die es ermöglichen sollen, das Problem der Wirtschaftseinheit, insbesondere die Zollunion, schrittweise in Angriff zu nehmen. In Anerkennung der wesentlichen Bedeutung der wirtschaftlichen Zuständigkeiten für die tatsächliche Wirksamkeit der Gemeinschaft soll sich der Verfassungsausschuß mit dieser Frage nochmals eingehend befassen. Dabei soll er auch die Zuständigkeit der Gemeinschaft zur Vorbereitung, Errichtung und Kontrolle weiterer europäischer Sonderbehörden mit begrenzter Funktion (beispielsweise Agrarunion) prüfen.

2. *Aufbau*

Gegen die direkte Wahl der Völkerkammer wurden durch niederländische und belgische Abgeordnete eine Reihe von Bedenken geltend gemacht und beantragt, für die erste Legislaturperiode, wenigstens aber für die Anpassungszeit die Abgeordneten durch die nationalen Parlamente bestimmen zu lassen. Demgegenüber setzten sich insbesondere die Franzosen *Teitgen* und *Reynaud* dafür ein, die Völker von Anfang an zu beteiligen, Nach einer Abstimmung von 49 gegen 11 Stimmen blieb es bei der vom Verfassungsausschuß vorgeschlagenen direkten Wahl.

Einer besonderen Diskussion unterlag die Sitzverteilung in der Völkerkammer. Sie führte zu einer Aenderung des Ausschußvorschlages, der eine Verteilung der Sitze nicht im Verhältnis zur Bevölkerung, sondern nach dem Gewicht der einzelnen Länder unter Zugrundelegung von bereits ausgehandelten Zahlen vorgesehen hatte. Mit der Begründung, daß bei dieser Regelung nicht jeder Staatsbürger in seiner parlamentarischen Vertretung gleichgestellt sei, wurde ein belgischer Antrag eingebracht, wonach die Sitzverteilung im Verhältnis zu der Bevölkerung eines jeden Mitgliedstaates vorgenommen werden soll. Eine absolute Mindestzahl soll gewährleisten, daß die großen politischen Richtungen eines Staates innerhalb seiner Quote vertreten sind. Eine lebhafte Diskussion wurde durch einen Antrag des Abgeordneten der Französischen Union, *Senghor*, ausgelöst, in den Bevölkerungsschlüssel für Frankreich auch seine überseeischen Gebiete mit einzubeziehen, weil diese nach der französischen Verfassung untrennbar zur Republik gehörten. Der Abgeordnete *von Brentano* stellte dazu fest, daß nach einer Wiedervereinigung Deutschlands dann auch die Zahl der deutschen Sitze erhöht werden müßte. Schließlich wurde auf den Vorschlag des Präsidenten *Spaak*, neben der Mindestzahl auch eine Höchstzahl der Sitze vorzusehen, über den Abänderungsantrag abgestimmt. Mit 26 gegen 22 Stimmen (9 Enthaltungen) wurde die Aenderung der Sitzverteilung von der Versammlung angenommen. Die deutschen Vertreter hatten teils dagegen gestimmt, teils sich der Stimme enthalten.

Das Problem des Senats als Zweiter Kammer stellte sich im Zusammenhang mit der Frage der Stellung des Rates der nationalen Minister in der Exekutive. Je weniger Bedeutung beim letzteren für die nationale Vertretung liegt, um so mehr muß sie dem Senat zufallen und umgekehrt. Nachdem man bereits im Verfassungsausschuß den Senat als Staatenkammer im bundesstaatlichen Sinne abgelehnt hatte, konzentrierte sich die Diskussion besonders auf die Sitzverteilung im Senat und die Befugnisse des Ministerrates. Belgische und niederländische Anträge auf Gleichberechtigung der kleinen Staaten im Senat verfielen der Ablehnung, so daß es hier bei der „gewichteten" Verteilung der Sitze bleiben soll.

Gegen die vom Ausschuß vorgeschlagene Stellung des Rates der nationalen Minister und seine Befugnisse neben dem Exekutivrat wurde insbesondere von *Monnet*, *Spaak* und *de Menthon* eingewandt, daß eine solche zweiköpfige Exekutive, bei der alle Beschlüsse des Exekutivrates von der Zustimmung des Ministerrates abhängig seien, ohne daß der Ministerrat als solcher dem Europäischen Parlament verantwortlich ist, zu

einer Lähmung der Souveränität des Parlaments führen müsse. Auf Grund von Abänderungsanträgen *Reynauds* wurde fast einstimmig beschlossen, den Ministerrat von der Exekutive zu trennen und ihn außer den Befugnissen in Montan- und Verteidigungsangelegenheiten grundsätzlich damit zu betrauen, die Tätigkeit des Exekutivrates mit derjenigen der Regierungen der Mitgliedstaaten in Einklang zu bringen. Auf Grund einer knappen Abstimmung (mit einer Stimme Mehrheit) soll außerdem der Präsident des Exekutivrates nicht vom Ministerrat, sondern vom Senat als der Vertretung der Staaten gewählt werden. Der Verfassungsausschuß wurde beauftragt, die entsprechenden Abänderungen hinsichtlich des Ministerrates im einzelnen für den Entwurf vorzunehmen.

Eine weitere Abänderung hat die Ausschußvorlage zur Frage der parlamentarischen Verantwortung des Exekutivrates erfahren. Während der Ausschuß den Mißtrauensantrag einer Kammer für den Zwang zum Rücktritt ausreichen ließ, sollen nun Anträge beider Kammern erforderlich sein. Das Mißtrauen soll sich auch auf einen einzelnen Minister beziehen können. Nur auf den Gebieten der Montanunion und der künftigen EVG ist Zweidrittel-Mehrheit vorgesehen; im übrigen soll einfache Mehrheit ausreichen, um dem Parlament eine erhöhte Kontrolle zu geben.

Im allgemeinen hat sich gezeigt, daß sich das Verhältnis zwischen dem Problem der Zuständigkeiten und dem des Aufbaues der Gemeinschaft bei der Frage der Gestaltung der Exekutive am meisten auswirken muß. Je mehr supranationale Zuständigkeiten man der Gemeinschaft beilegen will, um so mehr wird die Stellung der Exekutive umstritten sein, weil die nationalen Regierungen um ihren Einfluß auf die oberste Instanz der Gemeinschaft bemüht sind. Im Interesse einer von Anfang an handlungsfähigen europäischen Exekutive wird man möglicherweise bereit sein müssen, den Zuständigkeitsbereich der Gemeinschaft zunächst enger zu belassen, weil es leichter erscheint, ihn später zu erweitern, als eine gelähmte Exekutive wirksam zu gestalten. In diesem Sinne hat sich auch *Spaak* auf einer Straßburger Vorbesprechung der Europäischen Bewegung geäußert.

Im Anschluß an die Tagung der ad hoc-Versammlung ist der Verfassungsentwurf mit den Aenderungsbeschlüssen in der Beratenden Versammlung des Europarats vom 14. bis 18. Januar dem größeren Kreis der europäischen Staaten vorgelegt worden. Hier kam es vor allem darauf an, die auch für die weitere Arbeit des Verfassungsausschusses wichtige Einstellung der übrigen Nationen zu dem Projekt festzustellen. Nach dem in den Grundzügen vorgetragenen Bericht *von Brentanos*, der im einzelnen in den Kommissionen erörtert worden ist, und nach aufschlußreichen Reden, u. a. von Lord *Layton*, Lord *Hope*, *Robens*, *Spaak*, *Teitgen*, *Reynaud*, *Monnet*, *Mollet* und General *Koenig*, hat man dem Entwurf — auch seitens der Vertreter der neun außerhalb der Gemeinschaft stehenden Staaten — mit großer Mehrheit zugestimmt. Im Interesse möglichst enger „Assoziationen" zu diesen Staaten, insbesondere zu Großbritannien, sollen auch solche Vereinbarungen ins Auge gefaßt werden, die nicht von den Parlamenten ratifiziert werden müssen. Es wurde auch vorgeschlagen, daß möglichst viele Beobachter dieser Staaten bei möglichst vielen Angelegenheiten zugegen sein sollten; jedenfalls soll aber jährlich wenigstens eine gemeinsame Sitzung stattfinden. Weiter soll der Senat der vorgesehenen Politischen Gemeinschaft gleichzeitig die Vertretung der beteiligten Staaten im Europarat sein, so daß die gemeinsamen Sitzungen identisch mit Sitzungen des Europarates wären.

Die Resolutionen der Beratenden Versammlung müssen noch dem Ministerkomitee des Europarates unterbreitet werden, ehe sie den vierzehn Regierungen und Parlamenten zugestellt werden können. Gleichzeitig hat die Mehrheit des Europarats dem Ministerkomitee empfohlen, die Satzung des Europarats der Verfassung der neuen Politischen Gemeinschaft zwecks engster Zusammenarbeit anzupassen.

Der Verfassungsentwurf wird zusammen mit den Richtlinien der ad hoc-Versammlung und den Anregungen der Beratenden Versammlung des Europarats Anfang Februar der weiteren Bearbeitung des Verfassungsausschusses unter dem Vorsitz *von Brentanos* unterliegen.

Die Regierungskrise in Frankreich und ihre Auswirkungen auf das Zustandekommen der EVG

Als sich Ministerpräsident Antoine *Pinay* am 23. Dezember 1952 zum Rücktritt entschloß, stürzte seine Regierung über eine an sich unbedeutende Teilfrage des Budgets. Die Volksrepublikaner (MRP), die Partei Außenminister *Schumans*, hatten in einer der mit dem Budget verbundenen Vertrauensfragen, und zwar der über die Familienzulagen, der Regierung die Gefolgschaft verweigert. Daraus zog Pinay die Konsequenz, schon vor der Abstimmung zurückzutreten, obwohl ein verfassungsmäßig gültiges Mißtrauensvotum nicht unbedingt zu erwarten war.

Die schnelle Resignation Pinays ließ erneut deutlich werden, daß die bisherige Koalition für eine stabile Regierung nicht ausreicht. Nachdem die Sozialisten durch die Weigerung Guy *Mollets*, den Auftrag zur Regierungsbildung anzunehmen, dokumentiert hatten, daß sie sich nach wie vor nicht zur Zusammenarbeit mit den Mittelparteien in der Lage sehen, blieb als Lösung der Krise nur die Erweiterung der Regierungsbasis auf die Gaullisten (RPF). Damit aber verschob sich das Schwergewicht der Krise eindeutig auf die Außenpolitik und speziell auf die Frage des EVG-Vertrages. Es hätte kaum noch des Interviews von General *de Gaulle* mit der Reuter-Agentur vom 2. Januar 1953 bedurft, um anzuzeigen, daß das RPF für seine Tolerierung der neuen Regierung keinen geringeren Preis als die Opferung des EVG-Vertrages in seiner jetzigen Form fordern würde. De Gaulle schlug als Alternative zur EVG vor, die nationalen Armeen der sechs Staaten der Montanunion als geschlossene Einheiten zu erhalten und lediglich ihre Zusammenarbeit durch die Bildung einer politischen Gemeinschaft sicherzustellen.

Nachdem Georges *Bidault* (MRP) und Jacques *Soustelle* (RPF) vergeblich versucht hatten, einen für die Mittelparteien und die Gaullisten in gleicher Weise annehmbaren Kompromiß herbeizuführen, fand sich schließlich der Radikalsozialist René *Mayer* bereit, den Gaullisten die Konzessionen zu machen, die ihnen ein Einschwenken auf den Regierungskurs ermöglichten. Am 6. Januar stellte Mayer sich der Nationalversammlung und erhielt mit 389 gegen 205 Stimmen eine beachtliche Mehrheit für seine Investitur (nur die Sozialisten und Kommunisten stimm-

ten gegen ihn). In seiner Regierungserklärung kündigte Mayer an, daß er vor der Ratifizierung des Deutschlandvertrages und des EVG-Vertrages die Aufstellung von Zusatzprotokollen anstreben werde, um gewisse Klauseln „umzuformen, zu ergänzen, zu präzisieren oder zu klären". Dies ergänzte er später noch durch die ausdrückliche Versicherung, daß er sich für die Wahrung der Geschlossenheit der französischen Armee einsetzen werde. Außerdem verlangte er kategorisch eine Lösung der Saarfrage auf der Grundlage der Autonomie, bevor an eine Ratifizierung zu denken sei.

Die Kursänderung, die sich in diesen Worten klar abzeichnete, war für Außenminister *Schuman*, der bis zuletzt gegen alle Widerstände für die Ratifizierung der unveränderten Vertragstexte eingetreten war, nicht mehr tragbar. In einer Fraktionssitzung des MRP am 8. Januar gab er seinen Verzicht auf die Leitung des Außenministeriums bekannt, da er sich nicht mehr im Besitz des Vertrauens der Mehrheit des Parlaments betrachte. Nachfolger wurde sein Parteifreund Georges *Bidault*, der zwar ebenfalls grundsätzlich auf dem Boden der Europapolitik Schumans steht, der jedoch andererseits schon erkennen ließ, daß er den EVG-Vertrag nicht als unantastbar ansieht.

Außer dem Wechsel im Außenministerium gab es nur unwesentliche Aenderungen in den Schlüsselstellungen des Kabinetts, mit Ausnahme des Finanzministeriums, das wieder vom Amte des Ministerpräsidenten abgetrennt und dem Radikalsozialisten Maurice *Bourges-Manoury* übertragen wurde. Der bisherige Vorsitzende des Außenpolitischen Ausschusses der Nationalversammlung, Edouard *Bonnefous* (Demokratische Widerstandsunion), wurde als Staatsminister ohne Portefeuille in das Kabinett aufgenommen. Erstmals an der Regierung beteiligt ist die im Juli 1952 von den Gaullisten abgespaltene Gruppe, die sich jetzt Republikanisch-Soziale Aktion (ARS) nennt; allerdings bekam sie lediglich das Ministerium für Veteranen und Kriegsopfer.

Ministerpräsident *Mayer* gab am 14. Januar den Beschluß des neuen Kabinetts bekannt, die Vertragswerke zwar den zuständigen Kommissionen der Nationalversammlung zur Prüfung zuzuleiten, inzwischen jedoch Verhandlungen über die Erstellung von Zusatzprotokollen anzubahnen. Gleichzeitig soll ein neuer Versuch unternommen werden, eine noch engere Verbindung der EVG mit Großbritannien herzustellen.

Im Ausland, und namentlich in Deutschland, ist die französische Entwicklung aufmerksam verfolgt worden. Bundeskanzler *Adenauer* antwortete bereits am 7. Januar in einem Rundfunkvortrag auf Mayers Regierungserklärung. Er wertete den Wunsch nach Zusatzprotokollen als Bestätigung seiner Auffassung, daß das Vertragswerk kraft der in ihm liegenden Dynamik in Form von Zusatzprotokollen und Erläuterungen präzisiert und entwickelt werden müsse. Am 12. Januar nahm er in einer Rede vor dem Deutschen Presseklub erneut zu dieser Frage Stellung und ließ durchblicken, daß auch die Bundesregierung für den Fall einer Wiederaufnahme von Verhandlungen gewisse Wünsche habe. Er stellte jedoch klar, daß die Bundesregierung mit aller Entschiedenheit an den Verträgen festhalte und keine Verzögerung der Ratifizierung wünsche, da eine solche nur die Hoffnung des Kremls stärken werde, daß seine Politik des Auseinandermanövrierens schließlich doch Erfolg habe. In der gleichen Rede setzte sich der Kanzler mit der innerdeutschen Opposition gegen die Verträge auseinander und kritisierte eine Geisteshaltung, die noch immer nicht begriffen habe, um was es im Kalten Kriege geht. Unter Hinweis auf General *Eisenhowers* wiederholtes Eintreten für die EVG warnte er vor den Vorstellungen, nationale Armeen in den europäischen Staaten erhalten zu können.

Auch aus Großbritannien und den Vereinigten Staaten kamen gewichtige Stimmen für die baldige Ratifizierung des EVG-Vertrages. Außenminister *Eden* erklärte am 6. Januar in einer Rundfunkrede, die britische Regierung bedaure die Verzögerung, die im Ratifizierungsprozeß eingetreten sei, und hoffe, daß Deutschland und Frankreich die Verträge bald ratifizieren. Er wies darauf hin, daß Großbritannien der EVG alle nur möglichen Garantien gegeben habe. Der neue amerikanische Präsident, Dwight D. *Eisenhower*, der bereits in seinen Neujahrsbotschaften an General *Ridgway* und Bundeskanzler *Adenauer* eindeutig für die EVG eingetreten war, ersuchte in seiner Antrittsrede am 20. Januar die westeuropäischen Nationen erneut, die Einheit Europas herzustellen. Er betonte, daß auch die amerikanische Hilfe Europa nicht wirksam schützen könne, wenn es seine Stärke nicht vereint aufbiete.

Tagung des Exekutivkomitees der Liberalen Weltunion

Das Exekutivkomitee der Liberalen Weltunion, der die liberalen Parteien von zehn westeuropäischen Ländern angehören, tagte am 3. und 4. Januar in Amsterdam, wobei die Diskussionsthemen für den im August stattfindenden Jahreskongreß festgelegt wurden: Europäische Einigung, Stellung zu dem geplanten politischen Zusammenschluß der Staaten der Montanunion, Situation des Liberalismus außerhalb Europas.

In seiner politischen Aussprache befaßte sich das Komitee mit den Möglichkeiten, die liberalen Prinzipien in Wirtschaft und Politik durchzusetzen, und mit der Notwendigkeit, engere Beziehungen zum außereuropäischen Liberalismus anzuknüpfen. Der Präsident der Liberalen Weltunion, Senator Roger *Motz*, brachte in seiner Ansprache die Ueberzeugung zum Ausdruck, daß die Gesundung der europäischen Wirtschaft weniger im Rahmen regionaler Institutionen als vielmehr durch Anwendung der liberalen Prinzipien im Welthandel herbeigeführt werden kann. Die wesentlichen Gedankengänge seiner Ausführungen fanden ihren Niederschlag in einem an den neuen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Dwight D. *Eisenhower*, gerichteten Telegramm. Darin wird die Hoffnung ausgedrückt, daß der zukünftige Präsident „eine Politik begünstigen werde, die durch den Abbau der Zollschranken und durch die Förderung der Bewegungsfreiheit der Menschen und Kapitalien auf eine Vergrößerung des Handelsvolumens abzielt". Die liberalen Parteien wollen ihrerseits den Regierungen ihrer Länder nahelegen, die Abschaffung der Devisenkontrolle und anderer Handelsrestriktionen anzustreben. Ein gemeinsamer europäischer Markt und der freie Handel zwischen den Vereinigten Staaten, dem britischen Commonwealth und Kontinentaleuropa wird als Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wohlstand und damit für den Erfolg der Verteidigungspolitik der NATO bezeichnet.

Im Hinblick auf die Entwicklung der europäischen Einigungsbestrebungen wurde in der Aussprache die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit der europäischen Liberalen und einer gemeinsamen Stellungnahme zu der Frage eines Wahlsystems für die zukünftige europäische politische Gemeinschaft hingewiesen. Der Ansatzpunkt hierzu ist in der im vergangenen Jahr gegründeten „Liberalen Bewegung für ein Vereinigtes Europa" (vgl. EA 20/1952, S. 5226) bereits vorhanden; sie soll durch Bildung nationaler Sektionen weiter entwickelt werden. Die Tatsache, daß die Beziehungen zum außereuropäischen Liberalismus vorläufig noch nicht zu enger regelmäßiger Zusammenarbeit geführt haben wurde in dem Bericht des Generalsekretärs, *McCallum*, mit der mangelnden Kenntnis der gegenseitigen politischen Verhältnisse erklärt. Hier soll zunächst durch einen Austausch von Informationen Abhilfe geschaffen werden.

In einer Aussprache über die Haltung der Freien Demokratischen Partei in der Bundesrepublik Deutschland brachten die Vertreter der liberalen Parteien anderer Länder ihre Besorgnis über die Vorgänge beim vorjährigen Parteitag in Bad Ems zum Ausdruck. Senator *Motz* machte die FDP auf die Rückwirkungen ihres Verhaltens aufmerksam, das im Ausland besonders genau beobachtet werde und das nicht von taktischen Bedürfnissen diktiert sein dürfe. Der deutsche Delegierte Dr. *Middelhauve* erklärte demgegenüber, daß der liberale und demokratische Charakter der Partei nicht durch die Aufnahme von Kräften gefährdet werde, die sich vom Nationalsozialismus abgewandt haben und zur positiven Mitarbeit am demokratischen Staat bereit sind.

Die Konferenz der Sozialisten Asiens in Rangun

Zum ersten Male traten Vertreter von 14 sozialistischen Parteien Asiens vom 6. bis 15. Januar in Rangun zu einer gemeinsamen Konferenz zusammen. Es war dies der erste Versuch einer Koordination zwischen diesen Parteien, die — mit Ausnahme der burmesischen — in ihren Ländern noch keine große politische Rolle spielen.

In Anbetracht der explosiven politischen und sozialen Situation in den meisten Ländern Asiens wurden die Ereignisse der Konferenz nicht nur in Asien und nicht nur bei den Sozialisten mit Interesse verfolgt. Die Sozialistische Internationale, die ihr Interesse an einer engen Verbindung mit den asiatischen Sozialisten erst kürzlich auf ihrem Mailänder Kongreß betont hatte (vgl. EA 22—23/1952, S. 5343), trug dieser Bedeutung Rechnung. indem sie an der Spitze einer zahlreichen Delegation den Führer der britischen Labour Party, Clement R. *Attlee*, nach Rangun entsandte. Auch die Kommunistische Partei Jugoslawiens, die sich in letzter Zeit mehr und mehr dem sozialistischen Lager nähert, war durch zwei einflußreiche Mitglieder, Milovan *Djilas* und Ales *Bebler*, vertreten.

Die Erwartungen der europäischen Gäste wurden jedoch insofern enttäuscht, als die asiatischen Sozialisten erkennen ließen, daß sie ihre eigenen Wege gehen wollen. Gerade in den brennendsten Fragen, nämlich dem Kolonialproblem und dem Ost-West-Konflikt, weichen ihre Anschauungen wesentlich von denen der europäischen Bruderparteien ab. So war es nur folgerichtig, daß der von den europäischen Sozialisten gewünschte und von einigen asiatischen Parteien (Japan) auch vorgeschlagene Anschluß an die Sozialistische Internationale nicht zustande kam. Statt dessen wurde beschlossen, eine eigene Organisation der Sozialisten Asiens zu gründen. Maßgeblichen Einfluß auf diese Entscheidung hatten die Vertreter Indiens, Burmas und Indonesiens, die stets als geschlossener Block auftraten. Sie setzten sich mit ihrer Forderung nach Neutralität der asiatischen Staaten im Kalten Kriege auch gegen die Einwände anderer Vertretungen, insbesondere der japanischen, durch und erreichten, daß in der Resolution „Asien und der Weltfriede", die die Konferenz am Schlußtage annahm, die asiatischen Staaten aufgefordert wurden, „international unabhängig" zu bleiben und sich zu einem Block zusammenzuschließen.

Noch schärfer trat der europäisch-asiatische Gegensatz in der Kolonial- und Rassenfrage zutage, wo die europäische Delegation manchen ungeschminkten Vorwurf zu hören bekam. Vergeblich versuchte *Attlee* darzulegen, daß eine verfrühte Gewährung der Unabhängigkeit in manchen Kolonien gleichbedeutend mit einer Rückkehr zu feudalistischen Verhältnissen wäre, ebenso vergeblich versuchte er, das Durchgreifen der britischen Regierung gegen die Terroristen in Malaya und Kenya zu rechtfertigen. In der Resolution zu diesem Problem wurde der Kampf bis zur vollen Unabhängigkeit aller Länder als klares Ziel herausgestellt und außerdem ein Führungsanspruch Asiens in diesem Kampfe postuliert. Der Sozialistischen Internationale wurde unverhüllt vorgeworfen, daß sie in dieser Frage keinen entschiedenen Standpunkt einnehme.

Weitere Resolutionen befaßten sich mit gemeinsamen politischen und sozialen Problemen der asiatischen Länder, mit den Fragen der Bodenreformen und der wirtschaftlichen Entfaltung sowie im einzelnen mit den nationalen Befreiungsbewegungen in Malaya, Kenya, Uganda, und Französisch-Nordafrika. In einer „Erklärung der Prinzipien des Sozialismus" distanzierten sich die asiatischen Sozialisten klar vom Kommunismus, sie erklärten jedoch auch, daß der Sozialismus in Asien mit seinen riesigen Massen verarmter Landbevölkerung ein anderes Gesicht tragen müsse als der Sozialismus des Westens.

Die gegründete Organisation der Sozialisten Asiens wird ihren Sitz in Rangun haben und alle zwei Jahre eine gemeinsame Konferenz abhalten. In der Zwischenzeit wird in Rangun ein Ständiges Büro arbeiten, zu dessen Präsidenten der burmesische Verteidigungsminister, *U Ba Swe*, gewählt wurde. Die erste Anweisung an dieses Büro war die Empfehlung, ein Ständiges Antikoloniales Büro zu gründen.

Zeittafel vom 1. bis 15. Januar 1953

Die Ereignisse in Europa

Europäische Integration

7.—10. Sitzung der ad hoc-Versammlung in Straßburg. Erste Lesung des Entwurfs der Verfassung der Europäischen Politischen Gemeinschaft. (Vgl. Kurzbericht auf S. 5483.)

10.—13. Zweite Sitzungsperiode der Versammlung der Montanunion. Die Versammlung errichtet folgende sieben Ausschüsse:
1. für Fragen des gemeinsamen Marktes,
2. für Investitionen, Finanzierung und Produktionsentwicklung,
3. für Fragen der Sozialpolitik,
4. für politische Angelegenheiten und Außenbeziehungen,
5. für Verkehrsfragen,
6. für Haushalts- und Verwaltungsfragen,
7. für Geschäftsordnung, Petitionen und Immunität.

Der Präsident der Hohen Behörde, Jean *Monnet*, legt den ersten Bericht der Hohen Behörde über die Lage der Gemeinschaft vor, in dem die Situation der Montanindustrie in den Mitgliedstaaten und die Auswirkungen der Bildung des Gemeinsamen Marktes dargelegt sind. Monnet erklärt dazu in seiner Rede, daß die Vorbereitungszeit nun abgeschlossen sei und die Hohe Behörde zu verantwortlichem Handeln übergehen werde.

14. Beginn einer Sondersitzung der Beratenden Versammlung des Europarates zur Erörterung des Entwurfs der Verfassung der Europäischen Politischen Gemeinschaft. (Vgl. Kurzbericht auf S. 5483.)

15. Der Ministerrat der Montanunion tritt in Luxemburg zusammen, um die Probleme zu behandeln, die sich aus der Errichtung des gemeinsamen Marktes für Kohle und Erz ergeben werden.

Nordatlantikpakt-Organisation

4. Der Oberbefehlshaber der NATO-Landstreitkräfte in Mitteleuropa, Marschall Alphonse-Pierre *Juin*, wendet sich in einer Rede in Straßburg gegen die Auffassung, man könne auf den deutschen Verteidigungsbeitrag verzichten, indem man die Verteidigungslinie weiter zurückverlege. Dieser Auffassung, die unverhüllt die Preisgabe wichtiger Gebiete befürworte, müsse entgegengetreten werden. Der Marschall wendet sich ferner scharf gegen jedes Nachlassen der Rüstungsanstrengungen der NATO-Mächte. Er bezeichnet es als eine äußerst gefährliche Theorie, sich hinsichtlich des Ausmaßes der Rüstungsanstrengungen auf die durch nichts begründete Annahme zu stützen, daß die Sowjetunion zur Zeit keine Angriffsabsichten hege.

5. Der Oberste Alliierte Befehlshaber in Europa, General *Ridgway*, gibt auf einer Pressekonferenz in Paris der Hoffnung Ausdruck, daß auf der kommenden Tagung des Atlantikrates die militärischen Notwendigkeiten besser berücksichtigt werden. Er sagt, die bisherigen Fortschritte der atlantischen Verteidigung seien noch keineswegs befriedigend. Am 13. Januar spricht sich General Ridgway in einem Fernsehinterview für die sofortige Aufstellung deutscher Streitkräfte aus.

Dänemark

7. Die fünf großen Parteien einigen sich über die Grundsätze einer Verfassungsreform. Die wichtigsten Aenderungen sind die Einführung des Einkammersystems und der weiblichen Thronfolge.

Deutschland

4. Die Zeitung *Neues Deutschland* veröffentlicht einen Beschluß des Zentralkomitees der SED zum Ergebnis des Prager *Slansky*-Prozesses. Darin werden die Zionisten als eine Agentur des amerikanischen Imperialismus bezeichnet und der Kosmopolitismus und Internationalismus der Juden auf das schärfste angegriffen. Schwere Beschuldigungen werden gegen das frühere Mitglied des Politbüros der SED Paul *Merker* wegen angeblicher Beziehungen zum jüdischen Finanzkapital und gegen den ehemaligen zweiten Vorsitzenden der KPD in Westdeutschland, Kurt *Müller*, wegen Beziehungen zu Trotzkisten erhoben. Der gleichfalls in dem Beschluß angegriffene Präsident der zentralen Volksrichterakademie und frühere Leiter der Präsidialkanzlei des Staatspräsidenten, Professor Leo *Zuckermann* (SED), ist wenige Tage vorher nach Berlin geflohen.

5. Generalmajor Thomas S. *Timberman* löst den bisherigen amerikanischen Stadtkommandanten von Berlin, Lemuel S. *Mathewson*, ab. General Pierre *Manceaux-Demiau* übernimmt den Posten des französischen Stadtkommandanten, den bisher General Pierre *Carolet* bekleidete.

6. In einem Schreiben an Bundeskanzler *Adenauer* weist der Regierende Bürgermeister von Berlin, *Reuter*, auf die schwierige Situation hin, die in Berlin durch den anhaltenden Flüchtlingsstrom aus der sowjetischen Zone entstanden ist. Am 9. Januar berichtet der Bevollmächtigte der Bundesregierung in Berlin, Heinrich *Vockel*, dem Kabinett über diese Zwangslage. Bundeskanzler Adenauer teilt am gleichen Tage Bürgermeister Reuter mit, der Abtransport der anerkannten Flüchtlinge in die Bundesrepublik könne beschleunigt vonstatten gehen. Die Entscheidung über die nicht anerkannten Flüchtlinge wird vom Bundeskabinett noch zurückgestellt.

7. Der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder beschließt, die Diskont- und Lombardsätze der Landeszentralbanken und den Zinssatz der BdL und der Landeszentralbanken mit Wirkung vom 8. Januar 1953 um je 1/2 Prozent zu senken. Der Diskont- und Zinssatz der Landeszentralbanken und der Zinssatz

der Bank deutscher Länder beträgt jetzt 4 Prozent, der Lombardsatz der Landeszentralbanken 5 Prozent.

Auf einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes, des Parteiausschusses und der Kontrollkommission der SPD in Bonn erklärt der Parteivorsitzende, Erich *Ollenhauer*, der Bundesrepublik werde durch die deutsch-alliierten Verträge auf Jahre hinaus jede wirklich freie und unabhängige außenpolitische Entscheidung unmöglich gemacht. Die Verträge seien ferner unvereinbar mit der Politik der Wiedervereinigung Deutschlands. Ollenhauer fordert internationale Verhandlungen für ein neues System der kollektiven Sicherheit. Ein Sonderausschuß der SPD wird mit der Ausarbeitung einer Konzeption über eine deutsche Beteiligung an einem solchen System beauftragt. Am gleichen Tage richtet die SPD an den Bundeskanzler ein Schreiben mit Vorschlägen zu diesen Fragen.

Außenpolitische Rede von Bundeskanzler *Adenauer* im Bayerischen Rundfunk (vgl. Kurzbericht auf S. 5484).

8. Der Bund Deutscher Jugend (BDJ) wird auf Anordnung des hessischen Innenministeriums in Hessen aufgelöst und als verfassungswidrige Organisation verboten. Am 13. Januar folgen die Länder Niedersachsen, Hamburg und Bremen dem Beispiel Hessens. Der von Frankfurt nach Mainz verlegte Bundesvorstand des BDJ bezeichnet die Verbote als eine parteipolitische Maßnahme.
22 Funktionäre der verbotenen kommunistischen Freien Deutschen Jugend (FDJ) werden im Kreise Recklinghausen verhaftet. Am 11. Februar wird die bayerische FDJ-Zentrale in München ausgehoben. Drei Personen werden verhaftet.

9. Bundeskanzler *Adenauer* behandelt vor dem Kabinett die gegenwärtige außenpolitische Situation, insbesondere im Hinblick auf die Bildung der neuen französischen Regierung. Im Anschluß an die Kabinettssitzung erklärt ein Sprecher, die Bundesregierung sei zu Verhandlungen über Zusatzprotokolle zu den deutsch-alliierten Verträgen bereit, die Initiative dazu liege jedoch bei Frankreich. Die Wiederaufnahme der deutsch-französischen Saarverhandlungen sei nur durch die französische Regierungskrise verzögert worden. Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag und Präsident des europäischen Verfassungsausschusses, *von Brentano*, spricht sich am 13. Januar vor der Presse in Bonn gegen Verhandlungen über Zusatzprotokolle vor der Ratifizierung der Verträge durch alle Teilnehmerstaaten aus.

10. Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walter *Freitag*, fordert auf der Landesbezirkskonferenz des DGB in München die Verwirklichung der Demokratie in der Wirtschaft. Das Ziel der gewerkschaftlichen Arbeit sei der Aufbau einer Wirtschaftsordnung, in der die arbeitenden Menschen entscheidend mitzubestimmen hätten. Freitag legt den Unternehmern die Machtergreifung Hitlers zur Last und erklärt, dieselben Kräfte seien heute wieder am Werk. Gegen diese Aeußerungen protestiert der Präsident des Bundesverbandes der Industrie, Fritz *Berg*, am 14. Januar in einer Rede vor dem Bayerischen Rundfunk.

Ernennung von Bernhard *Koenen* (Mitglied des Zentralkomitees der SED) zum Botschafter und Chef der Diplomatischen Mission der DDR bei der Regierung der Tschechoslowakei. Der bisherige Chef der Mission, Fritz *Grosse*, wird zum Hauptabteilungsleiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ernannt.

12. Ernennung von James B. *Conant*, Präsident der Harvard-Universität, zum neuen amerikanischen Hochkommissar in der Bundesrepublik.

Außenpolitische Rede von Bundeskanzler *Adenauer* vor dem Deutschen Presseklub in Bonn (vgl. Kurzbericht auf S. 5484).

Das Deutsche Friedenskomitee beschließt auf seiner ersten Plenartagung in Berlin (Ost) seine Umbildung zum „Deutschen Friedensrat" und wählt sein Präsidium, dem neben dem Präsidenten, Dr. Walter *Friedrich*, die stellvertretenden Ministerpräsidenten Lothar *Bolz* und Otto *Nuschke*, das Mitglied des Politbüros der SED Franz *Dahlem* sowie Johannes R. *Becher* und Anna *Seghers* angehören.

13. Die Ausgabe Nr. 10 vom 13. Januar 1953 des Organs des Zenralkomitees der SED, *Neues Deutschland*, wird auf Anordnung des Staatssicherheitsdienstes „wegen eines schweren ideologischen Fehlers" beschlagnahmt. In dem Blatt ist eine chronologische Jahresübersicht mit der Ueberschrift „1952 — das Jahr des großen Aufschwungs der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung" enthalten. In einer Einführung dazu wird gesagt, der DGB verfüge über gewaltige Kräfte und große Erfahrungen und habe bedeutende Erfolge errungen.

14. Aufdeckung einer Verschwörung ehemaliger Nationalsozialisten durch die britische Besatzungsbehörde. Sieben ehemalige NS-Funktionäre werden verhaftet. Unter den Verhafteten befinden sich der ehemalige Staatssekretär im Reichspropagandaministerium, Werner *Naumann*, der ehemalige Reichsstudentenführer und Gauleiter von Salzburg, Gustav *Scheel*, und der ehemalige Gauleiter vom Hamburg, Karl *Kaufmann*. Die Verhafteten werden beschuldigt, sich mit Plänen zur Wierderergreifung der Macht in Westdeutschland und mit der Verbreitung anti-westlicher Anschauungen und Richtlinien befaßt zu haben.

15. Verhaftung des Außenministers der DDR, Georg *Dertinger* (CDU), durch den Staatssicherheitsdienst.

Frankreich

2. Interview des Generals *de Gaulle:* Alternativvorschlag zur EVG (vgl. Kurzbericht auf S. 5484).

7. Investitur von René *Mayer* als Ministerpräsident. Am 8. Januar Bildung der neuen Regierung (vgl. Kurzbericht auf S. 5484).

12. Oesterreich-Note an die Sowjetunion (vgl. Sowjetunion).

14. Beschluß des Ministerrates, neue Verhandlungen über Zusatzprotokolle zum EVG-Vertrag einzuleiten (vgl. Kurzbericht auf S. 5484).

Wiederwahl von Edouard *Herriot* zum Präsidenten der Nationalversammlung und von Gaston *Monnerville* zum Präsidenten des Rates der Republik.

Griechenland

8.—11. Besuch des italienischen Ministerpräsidenten, *de Gasperi*, in Athen. Im Kommuniqué wird festgestellt, daß beide Länder ähnliche Grundsätze und Ziele hätten und daß der Atlantikpakt die gemeinsame Grundlage ihrer Politik bilde. Besondere Aufmerksamkeit sei bei den Besprechungen den Problemen Südosteuropas und des östlichen Mittelmeeres geschenkt worden. Dazu erklärt Ministerpräsident de Gasperi auf einer Pressekonferenz, Italien begünstige jede Vereinbarung, die im Rahmen des Atlantikpaktes zur Stärkung der Verteidigung beitrage. Es sei auch bereit, Jugoslawien die Hand hinzustrecken, doch hänge die Zusammenarbeit mit Jugoslawien von der Lösung der Triester Frage ab.

Großbritannien

1. Beginn einer weiteren Konferenz über die Bildung der Zentralafrikanischen Föderation (Südrhodesien, Nordrhodesien, Njassaland) unter Beteiligung von Mitgliedern der Regierungen der drei Gebiete und der zuständigen britischen Minister. Diskussion des Verfassungsentwurfs für die Föderation. Kolonialminister Oliver *Lyttleton* empfängt während der Konferenz auch Delegationen der Eingeborenen Nordrhodesiens und Njassalands, die ihm ihre Bedenken gegen die vorgesehene Form des Zusammenschlusses vortragen.

2. Veröffentlichung eines Weißbuches über die Ergebnisse der Pariser Tagung des Atlantikrates vom 15. bis 18. Dezember 1952. Darin heißt es, daß die Rüstungsanstrengungen der freien Welt nicht nachlassen dürften; man müsse jedoch auch der Gefahr Rechnung tragen, die in einer dauernden und übertriebenen Beanspruchung der westeuropäischen Wirtschaft liege.

6. Außenminister *Eden* erklärt in einem Rundfunkvortrag, die britische Regierung hoffe auf die baldige Ratifizierung des EVG-Vertrages durch Deutschland und Frankreich, da von dem Erfolg dieser Pläne in vieler Beziehung die Zukunft Europas abhänge. (Vgl. Kurzbericht auf S. 5484.)

12. Oesterreich-Note an die Sowjetunion (vgl. Sowjetunion).

Note an Aegypten über die Sudan-Frage (vgl. Aegypten).

Italien

3. Die Abgeordnetenkammer erklärt den von den Regierungsparteien eingebrachten Entwurf eines neuen Wahlgesetzes für verfassungsmäßig, nachdem dies von den extremen Parteien bestritten worden war. Am 14. Januar beantragt Ministerpräsident *de Gasperi* die Annahme des Entwurfs und verbindet damit die Vertrauensfrage.

8.—11. Parteitag der Sozialistischen Partei (Linkssozialisten) in Mailand. Es wird beschlossen, bei den kommenden Wahlen kein Wahlbündnis mit den Kommunisten einzugehen, die bisherige Politik der Aktionsgemeinschaft mit der Kommunistischen Partei jedoch fortzusetzen. Ankündigung scharfer Kampfmaßnahmen gegen das neue Wahlgesetz.

Jugoslawien

10. Die Nationalversammlung beschließt die Verkürzung der Dienstzeit im Heer und bei den Luftstreitkräften von drei auf zwei Jahre.

13. Die Nationalversammlung billigt die neue Verfassung, nach der die Regierung durch einen Exekutivrat mit dem Präsidenten der Republik an der Spitze ersetzt wird. Die bisherigen Ministerien werden Staatssekretariate, die dem Exekutivrat verantwortlich sind. Ferner wird die bisherige Zweite Kammer des Parlaments durch einen Rat der Produzenten abgelöst. Zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik Jugoslawien wird am 14. Januar mit 568 gegen 1 Stimme Marschall *Tito* gewählt. Am 15. Januar wird der aus 43 Mitgliedern bestehende Exekutivrat ernannt, dessen Vizepräsidenten die Mitglieder des Politbüros der Kommunistischen Partei Edvard *Kardelj*, Alexander *Rankowitsch*, Milovan *Djilas* und Moshe *Pijade* sind. Das Staatssekretariat des Aeußeren wird von Generaloberst Kotscha *Popowitsch*, das für Verteidigung von Generaloberst Iwan *Goschnjak* übernommen.

Niederlande

3.—4. Sitzung des Exekutivkomitees der Liberalen Weltunion in Amsterdam (vgl. Kurzbericht auf S. 5485).

Oesterreich

7. Vortrag und Pressekonferenz von Außenminster Karl *Gruber* an der Wiener Universität. Nach einem Rückblick auf die Oesterreich-Debatte der UN, die einen neuen taktischen Ausgangspunkt für die Wiederaufnahme von Oesterreich-Verhandlungen gebe, nimmt Gruber zur Frage von Verhandlungen „auf höherer Ebene" Stellung. Er erklärt, die österreichische Regierung werde sich bemühen, neue Verhandlungen zustande zu bringen, einerlei in welcher Form. Verhandlungen auf höherer Ebene hätten jedenfalls den Vorteil, daß wechselseitige Befürchtungen beseitigt werden könnten. Wien könne der Platz werden, von dem eine Revision der Beziehungen zwischen den Großmächten ausgehe.

12. Note der Westmächte an die Sowjetunion über den Staatsvertrag (vgl. Sowjetunion).

Polen

3. Die Regierung ordnet die Aufhebung der Rationierung der wichtigsten Lebensmittel an und verfügt gleichzeitig eine Erhöhung der Preise und Löhne.

Schweden

12. Eröffnung des im September 1952 gewählten Reichstages. In der Thronrede des Königs, *Gustaf VI. Adolf*, wird betont, daß mit der Bildung des Nordischen Rates, der im Februar erstmals zusammentreten wird, eine neue Phase der Zusammenarbeit der nordischen Staaten eingeleitet werde. Das gleichzeitig vorgelegte Budget für 1953 weist mit 8,168 Milliarden Kronen eine Rekordhöhe auf. Davon sind 2,177 Milliarden für Sozialaufgaben und 1,970 Milliarden für die Verteidigung vorgesehen.

Sowjetunion

12. Note der drei Westmächte über den österreichischen Staatsvertrag. Unter Hinweis auf die Resolution der Vollversammlung der Vereinten Nationen vom 20. Dezember 1952 wird die Sowjetregierung aufgefordert, die Konferenzen der Außenministerstellvertreter für den Abschluß des Staatsvertrages wieder aufzunehmen.

13. Die amtliche Nachrichtenagentur TASS gibt bekannt, daß eine Gruppe meist jüdischer Aerzte unter der Beschuldigung eines Mordkomplotts gegen führende Persönlichkeiten der Armee und wegen Spionage im Auftrage der jüdischen Organisation „Joint" verhaftet wurde. Den Verhafteten wird außerdem vorgeworfen, die 1945 und 1948 verstorbenen sowjetischen Politiker *Schtscherbakow* und *Shdanow* ermordet zu haben.

Vatikan

12. Das Geheime Konsistorium der 46 Kardinäle bestätigt die am 29. November 1952 von Papst *Pius XII.* ausgesprochene Ernennung von 24 neuen Kardinälen. Am 15. Januar werden die neuen Kardinäle mit der Verleihung der Insignien in das Kardinalskollegium aufgenommen, das damit wieder die volle Zahl von 70 Mitgliedern hat.

Wichtige Ereignisse in der übrigen Welt

AFRIKA

Aegypten

3. Ministerpräsident Mohammed *Naguib* setzt den Nationalen Rat für die Entwicklung der Produktion in sein Amt ein. Der Rat, der unter dem Vorsitz des früheren Finanzministers Hussein *Fahmy* steht, soll sich um die volle Ausnutzung der Naturschätze und Arbeitskräfte zwecks Erhöhung der Produktion und des Lebensstandards bemühen.

12. Der britische Botschafter überreicht Außenminister Mahmud *Fawzi* als Antwort auf die ägyptische Note vom 2. Dezember 1952 den Entwurf eines britisch-ägyptischen Abkommens über die Einführung der Selbstverwaltung im Sudan.

13. Der Ministerrat setzt einen Verfassungsausschuß ein, der eine neue Verfassung ausarbeiten soll. Dem Ausschuß gehören 50 Persönlichkeiten aus den politischen Parteien, den Universitäten, den Religionsgemeinschaften, der Armee und der Wirtschaft an.

Anglo-ägyptischer Sudan

10. Unterzeichnung eines Abkommens zwischen den vier größten Parteien und einer ägyptischen Regierungsdelegation, durch das einige Aenderungen in dem Programm für die Einführung der sudanesischen Selbstverwaltung vereinbart werden. Die wichtigsten Aenderungen sind die Verringerung der Sondervollmachten des Generalgouverneurs hinsichtlich des von Negern bewohnten südlichen Sudans und eine Vereinbarung, den Abzug der britischen und ägyptischen Truppen noch vor der vollen Unabhängigkeit zu fordern.

AMERIKA

Vereinigte Staaten

1. Halbjahresbericht des Verteidigungsministeriums. Verteidigungsminister Robert A. *Lovett* erklärt darin, daß die vorbereitende Phase der amerikanischen Aufrüstung abgeschlossen sei. Da die USA jedoch ständig bedroht seien, dürften weder das Rüstungsprogramm noch die militärische Auslandhilfe eingeschränkt werden.

3. Der 83. Kongreß eröffnet seine Sitzungsperiode. Politiker der Republikanischen Partei übernehmen den Vorsitz in den Ausschüssen. Sprecher des Repräsentantenhauses wird Joseph W. *Martin*, stellvertretender Vorsitzender des Senats Senator Styles *Bridges*. Die Leitung der Fraktionen im Senat übernehmen bei den Republikanern Senator Robert A. *Taft* und bei den Demokraten Senator Lyndon *Johnson*, im Repräsentantenhaus bei den Republikanern Charles K. *Halleck* und bei den Demokraten Sam *Rayburn*. Am 7. Januar proklamiert der Kongreß in gemeinsamer feierlicher Sitzung General Dwight D. *Eisenhower* zum neuen Präsidenten der USA.

5.—8. Der britische Premierminister, *Churchill*, führt in New York und Washington informelle Besprechungen mit dem künftigen Präsidenten, General *Eisenhower*, und seinem Außenminister, John Foster *Dulles*, sowie mit Präsident *Truman*. Ueber den Inhalt der Besprechungen wird nichts bekanntgegeben. In einer Pressekonferenz bei seiner Ankunft erklärt Churchill, die Gefahr eines neuen Weltkrieges sei geringer geworden; der Schwerpunkt der Welt liege nicht in Korea, sondern in Europa längs des Eisernen Vorhangs. Ferner sagt er, daß Großbritannien lieber nach den Vereinigten Staaten exportieren wolle als auf unbegrenzte Zeit von ihnen Hilfe annehmen.

6. In seiner Antwort auf eine Glückwunschadresse des deutschen Bundeskanzlers, *Adenauer*, erklärt General *Eisenhower*, er glaube, daß die wachsende europäische Einigkeit und die Errichtung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft viel zur Erhaltung von Frieden und Sicherheit beitragen würden.

7. Botschaft Präsident *Trumans* über die Lage der Nation (State of the Union Message). Nach einem Rückblick über die acht Jahre seiner Amtszeit erklärt der scheidende Präsident, die freie Welt sehe sich zwei unausweichlichen Aufgaben gegenüber: Wahrung ihrer Sicherheit durch Zusammenschluß und Ausbau ihrer Macht, Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung. Die Vereinigten Staaten seien durch ihre einzigartige Macht verpflichtet, allen in diese Richtungen gehenden Bestrebungen ihre Unterstützung zu leihen. Als bedeutendstes Ereignis der letzten Jahre bezeichnet Truman den Beginn des Atomzeitalters; er warnt vor den Folgen eines Atomkrieges, der nicht mehr ein „Ab-

schnitt" im Sinne materialistischer Geschichtsauffassung, sondern das Ende ganzer Kulturen sein würde.

9. In seiner Budget-Botschaft an den Kongreß schlägt Präsident *Truman* einen Haushalt von 78,6 Milliarden Dollar vor. Davon sind für die Verteidigung vorgesehen 46,3 Milliarden (1952: 52,4) und für die Auslandhilfe 7,6 Milliarden (1952: 8,2).

10. Der jugoslawische Botschafter gibt bekannt, daß seine Regierung die Vereinigten Staaten wegen der wachsenden Stärke der Ostblock-Streitkräfte um verstärkte Militärhilfe gebeten habe.

12. Ernennung des Präsidenten der Harvard-Universität, James B. *Conant*, zum amerikanischen Hohen Kommissar in Deutschland.

Oesterreich-Note an die Sowjetunion (vgl. Sowjetunion).

13. Präsident *Truman* schlägt dem Kongreß eine grundlegende Revision des Einwanderungsgesetzes (McCarran Act) vor. Gleichzeitig übermittelt er dem Kongreß den Bericht eines von ihm zur Ueberprüfung des Gesetzes eingesetzten Ausschusses. In diesem Bericht wird das Gesetz scharf kritisiert und vor allem die Abschaffung des Quotensystems für die einzelnen Länder verlangt.

14. Jährlicher Wirtschaftsbericht Präsident *Trumans* an den Kongreß. In dem Bericht wird eine weitere Lokkerung und die schließliche Abschaffung der amerikanischen Importquoten sowie die Senkung der Zölle empfohlen, wodurch die Prosperität der europäischen Länder gefördert und damit die amerikanische Hilfe entbehrlich gemacht werden soll. Als wichtigstes Wirtschaftsziel der Zukunft bezeichnet der Präsident in seiner Begleitbotschaft die Vollbeschäftigung.

15. Präsident *Truman* verabschiedet sich mit einer Rundfunkansprache vom amerikanischen Volk und fordert alle Amerikaner auf, seinen Nachfolger, General *Eisenhower*, in jeder Weise zu unterstützen.

ASIEN

Burma

5. Die Regierung kündigt das Verteidigungsabkommen mit Großbritannien vom 4. Januar 1948 und schlägt Verhandlungen über ein neues Abkommen vor.

6.—15. Konferenz der sozialistischen Parteien Asiens in Rangun. Gründung einer von der Sozialistischen Internationale unabhängigen Organisation der asiatischen Sozialisten. (Vgl. Kurzbericht auf S. 5486.)

Chinesische Volksrepublik

1. Uebergabe der Tschangtschun-Eisenbahn in chinesische Verwaltung gemäß dem sowjetisch-chinesischen Abkommen vom 15. September 1952.

12. Bekanntgabe der Liste der Mitglieder des Politbüros der Kommunistischen Partei durch Radio Peking: Präsident *Mao Tse-tung*, Ministerpräsident *Tschu En-lai*, stellvertretender Ministerpräsident *Liu Shao-chi*, der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, General *Chu Teh*, der Generalsekretär der Zentralregierung, *Lin Po-chu*, der Präsident des Planungsausschusses, *Kao Kang*, die Mitglieder dieses Ausschusses *Chen Yun* und *Tung Wi-wu*, der Bürgermeister von Peking, *Peng Chen*.

Indien

1.—6. Tagung des Zentralausschusses des Oekumenischen Rates in Laknau. Der indische Premierminister, Jawaharlal *Nehru*, bezeichnet in einer Ansprache vor dem Kongreß, der sich mit der Stellung der Kirche zur Rassenfrage und zum Klassenkampf beschäftigt, China und Indien als die künftigen Großmächte neben den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Er wendet sich scharf gegen die Rassenpolitik der europäischen Mächte in Afrika. Der Kongreß spricht sich in einer Resolution gegen jede rassische Diskriminierung aus.

Indonesien

8. Sessionsbeginn im Parlament. Präsident Ahmed *Soekarno* kündigt in seiner Eröffnungsrede die baldige Wiederaufnahme von Verhandlungen mit den Niederlanden über eine Revision der Niederländisch-Indonesischen Union an und erklärt, Indonesien werde dabei auf den Anschluß West-Neuguineas nicht verzichten.

Israel

7. Protestnote an Großbritannien (mit Kopien an Frankreich und die Vereinigten Staaten) gegen den Beschluß der britischen Regierung, den arabischen Staaten schwere Waffen und Kampfflugzeuge zu liefern. Die israelische Regierung begründet ihren Protest mit dem zwischen Israel und den arabischen Staaten noch bestehenden Kriegszustand und den wiederholten Rachedrohungen arabischer Politiker.

Japan

4.—6. Der Präsident der Republik Südkorea, Syngman *Rhee*, führt in Tokio Besprechungen mit dem Oberbefehlshaber der UN-Streitkräfte, General Mark W. *Clark*, und mit dem japanischen Ministerpräsidenten, Shigeru *Yoshida*. Rhee erklärt, Japan und Korea sollten nun die Vergangenheit vergessen und gemeinsam den Kommunismus bekämpfen; man könne jetzt wieder über einen Friedensvertrag zwischen beiden Ländern verhandeln. Der japanische Außenminister, Katsuo *Okazaki*, erklärt auf einer Pressekonferenz, Japan begrüße die Wiederaufnahme von Friedensverhandlungen und sei zu Konzessionen bereit.

Persien

6. Das Medschlis (Unterhaus) lehnt einen Antrag der Opposition gegen das von Ministerpräsident *Mossadegh* kraft seiner Sondervollmachten erlassene Wahlgesetz ab. Mit der Ablehnung des Antrags hatte der Ministerpräsident die Vertrauensfrage verbunden. Am 8. Januar beantragt Mossadegh die Verlängerung seiner Vollmachten, die am 9. Februar ablaufen würden.

Syrien

8. Der Oberbefehlshaber der Armee und stellvertretende Ministerpräsident, Oberst Adeeb *Schischakli*, erklärt einer britischen Parlamentsabordnung, daß die arabischen Staaten im gegenwärtigen Zeitpunkt eine Beteiligung an dem geplanten Nahost-Kommando ablehnen.

NEUEINGÄNGE IN UNSEREM ARCHIV

Bücher und Broschüren

Elegant, Robert S.: Chinas rote Herrn. Die politischen Biographien der kommunistischen Führer Chinas. Aus dem Amerikanischen übersetzt von Michael Kogon. 2. Aufl. Frankfurt: Verlag d. Frankfurter Hefte 1952. 269 S.

Aus diesen Lebensbeschreibungen einiger führender Persönlichkeiten des kommunistischen China gewinnt man ein anschauliches Bild von den Hintergründen der Kämpfe um die Herrschaft, von der Entstehung der „Volksregierung" und des staatlichen Verwaltungsapparates sowie von den Kräften, welche die Innen- und Außenpolitik der heutigen Volksrepublik China bestimmen. Die vom Autor ausgewählten Persönlichkeiten werden im Rahmen der Ereignisse geschildert, an denen sie maßgeblich beteiligt waren. Der vom Berufsoffizier über den Partisanenführer zum Oberbefehlshaber aufgestiegene General, der Intellektuelle, der sich aus marxistischer Ueberzeugung oder revolutionärer Begeisterung den kommunistischen Kräften angeschlossen hatte und jetzt zu leitender Stellung in Partei oder Regierung aufgestiegen ist, diese Menschen werden als Exponenten einer Entwicklung dargestellt, die das ganze Volk erfaßt hat. Aus der Betrachtung ihres politischen Werdegangs versucht der Autor, den bisherigen Erfolg und die Zukunftschancen des Kommunismus in China zu werten. Er sieht die Gründe für den Erfolg des Kommunismus in China in den Anknüpfungspunkten, welche die chinesische Zivilisation mit ihrer Beschränkung der Lektüre auf vorgeschriebene Texte und ihrer ausgeprägten Staatsideologie bietet. Demgegenüber besteht der grundlegende Unterschied darin, daß die Gesellschaftseinheit für die chinesische Zivilisation die Familie, für den Kommunismus der Staat ist. Daher kommt der Autor zu dem Schluß, daß der Kommunismus in China sich entweder in ein auf die Familiengemeinschaft gegründetes System umwandeln oder untergehen muß.

Feierabend, Ladislav: Agricultural Cooperatives in Czechoslovakia. New York: Mid-European Studies Center 1952. 125 S.

Juhasz, William: Blueprint for a Red Generation. The Philosophy, Methods and Practices of Communist Education as imposed on Captive Hungary. New York: Mid-European Studies Center 1952. 101 S.

Lippe, Viktor Frhr. von der: Nürnberger Tagebuchnotizen November 1945 — Oktober 1946. Frankfurt a. M.: Verlag Fritz Knapp 1951. 548 S.

Die Aufzeichnungen des Hilfsverteidigers des früheren Oberbefehlshabers der Kriegsmarine verbinden in seltener Weise dokumentarische Zuverlässigkeit mit lebendiger Darstellung der Prozeßatmosphäre. Für Leser, die sich nicht mit den Einzelheiten des Aktenmaterials befassen wollen, gibt das Buch einen zuverlässigen Ueberblick über den Verlauf des Prozesses und die Persönlichkeiten der Angeklagten, Richter und Verteidiger. Für alle, die sich eingehender mit den Nürnberger Akten beschäftigen, sind die Aufzeichnungen von der Lippes eine zusätzliche historische Quelle von erheblichem Wert.

Sager, Peter: Zum Studium der Nationalökonomie in der Sowjetunion. Grundlagen und Voraussetzungen. Bern: Verlag Paul Haupt 1951. 64 S.

Die Untersuchung beantwortet die bisher wenig beachtete Frage, welche Rolle das Studium der theoretischen und der praktischen Nationalökonomie in Sowjetrußland spielt. Da Originalmaterial aus der Sowjetunion nicht zu erlangen war und „Angaben über das Thema unserer Arbeit in der sonst zahlreichen Literatur über die Sowjetunion außerordentlich selten aufzufinden sind" (S. 6/7), hat der Verfasser „aus indirekten Angaben Schlüsse auf unsere Probleme" gezogen. Zu den Voraussetzungen dieser Schlüsse gehört z. B., daß von den 4213 Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften nur 156 (3.7 vH) der rechts- und wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung angehören, wobei zu berücksichtigen ist, daß die Rechtswissenschaft in der Sowjetunion noch immer zahlreich vertreten ist. Der Anteil der Rechts- und Wirtschaftswissenschaften an den sowjetischen Universitäten und Hochschulen ist von 1914 bis 1946 um 280 Prozent gestiegen, gegenüber einer Gesamtexpansion um 861 Prozent. Die Vernachlässigung der theoretischen Nationalökonomie ergibt sich aus dem folgenden Tatbestand: „Gleich wie die Wissenschaft ganz allgemein, ist auch die theoretische Nationalökonomie der Politik unterworfen. Sie kann sich nur innerhalb der Grenzen der Parteilinie entwickeln . . . Ein Nationalökonom kann deshalb die russische Volkswirtschaft nur propagandistisch beschreiben" (S. 60). Des Studiums der praktischen Nationalökonomie bedarf es andererseits nicht: „Diejenigen Menschen, die man zur Führung der Partei und des Staates und damit zur Entscheidung wirtschaftlicher Fragen beruft, werden niemals auf Grund ihrer theoretischen oder praktischen nationalökonomischen, sondern auf Grund ihrer politischen Kenntnisse ausgelesen" (S. 61). Der Untersuchung des Themas geht eine Darstellung des russischen Erziehungswesens voraus.

EUROPA-ARCHIV

Herausgeber: Wilhelm Cornides (Co) in Verbindung mit dem Institut für Europäische Politik und Wirtschaft

Hauptschriftleiter: Hermann Volle (HV)

Redaktionelle und ständige Mitarbeiter: Walter Bödigheimer, Frankfurt; Dr. J. W. Brügel, London; Erika Feldmann, Frankfurt; Dr. Heinz Fischer-Wollpert, Frankfurt; Prof. Raymond-Jean Guiton, Paris; Dr. Walter Hofer, Berlin; Boris Meißner, Hamburg; Dr. Dietrich Mende, Frankfurt; Dr. Georg von Rauch, Marburg; Dipl.-Ing. Alexander Sieger, München; Joachim Willmann, Frankfurt.

Anschrift der Redaktion: Frankfurt a. M., Hauffstraße 5, Telefon 78 021

Druck: Druck- und Verlagshaus Frankfurt am Main GmbH, Frankfurt a. M., Schillerstraße 19

Bezugsbedingungen: Das Europa-Archiv erscheint zweimal im Monat und ist durch jede Buchhandlung, durch die Post und unmittelbar durch den Europäischen Austauschdienst zu beziehen. Einzelpreis jeder Folge DM 2,50. Preise bei Vierteljahresbezug (6 Folgen) DM 10,50 und bei Jahresbezug (24 Folgen) DM 38,— zuzüglich Porto. Für zurückliegende Jahrgänge Preise lt. besonderer Liste. Für das Ausland gelten die Preise lt. Auslandsliste. Abbestellungen müssen spätestens 14 Tage vor Quartalsschluß beim Europäischen Austauschdienst eingegangen sein.

Auslieferung und Vertrieb: Europäischer Austauschdienst, Auslieferungsabteilung Europa-Archiv, Frankfurt a. M., Börse

Oesterreichische Ausgabe: Verlag für Geschichte und Politik, Wien 1, Singerstraße 12

Ausgabe für die Schweiz: Prometheus Druck GmbH, Hirzbodenweg 80, Basel